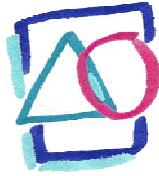


Plattform



Zivile Konfliktbearbeitung

www.konfliktbearbeitung.net

„Frieden braucht Gesellschaft!“

**Dokumentation der Basisdaten
für die Bestandsaufnahme
Zivile Konfliktbearbeitung in Deutschland**

Erstellt von Cornelia Brinkmann unter Mitarbeit von
Martin Quack
Redaktionelle Mitarbeit und Lektorat: Renée Ernst und
Regine Mehl

Wahlenau, Januar 2004

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	2
0. Einleitung, methodische Anmerkungen und Rücklauf	3
1. Infrastruktur gesellschaftlicher Akteure für Zivile Konfliktbearbeitung	6
1.1 Rechtsform der befragten Organisationen.....	6
1.2 Seit wann sind Sie in Projekten der Zivilen Konfliktbearbeitung tätig?.....	6
1.3 Stellenwert der Zivilen Konfliktbearbeitung für die Organisation	7
1.4 Stellenwert der Zivilen Konfliktbearbeitung in der Inlands- und Auslandsarbeit	7
1.5 Stellenwert der Zivilen Konfliktbearbeitung im jeweiligen Tätigkeitsfeld	7
1.6 Wie umfangreich ist Ihre institutionelle Ausstattung im Themenfeld der Zivilen Konfliktbearbeitung?.....	8
1.6.1 Anzahl der hauptamtlichen MitarbeiterInnen	8
1.6.2 Anzahl der ehrenamtlichen MitarbeiterInnen	9
1.6.3 Anzahl der Mitglieder und/oder Mitgliedsorganisationen, Stand 2003	9
1.6.4 Anzahl der KooperationspartnerInnen im Inland.....	10
1.6.5 Anzahl der lokalen PartnerInnen im Ausland	10
2. Handlungsfelder und Aktivitäten der Zivilen Konfliktbearbeitung durch Nichtregierungsorganisationen.....	11
2.1 Kategorisierung der Handlungsfelder und Aktivitäten	11
2.2 Aktivitäten im Vergleich Inland und Ausland	14
2.3 Rangfolge der zehn häufigsten Aktivitäten im Inland (gewichtet nach Aktivitäten innerhalb der Handlungsfelder).....	17
2.4 Rangfolge der zehn häufigsten Aktivitäten im Ausland	17
2.5 Rangfolge der wichtigsten Aktivitäten.....	18
3. Zentrale Hindernisse im Bereich der Zivilen Konfliktbearbeitung.....	19
3.1 Rangfolge möglicher Entwicklungshemmnisse	19
3.2 Rangfolge der wichtigsten Entwicklungshemmnisse (Je Organisation waren 3 Nennungen möglich)	20
4. Stellungnahme zu den drei wichtigsten Entwicklungshemmnissen: Ist-Zustand, Soll- Zustand und Lösungsmöglichkeiten.....	21

0. Einleitung, methodische Anmerkungen und Rücklauf

Parallel zur Arbeit der Bundesregierung an einem Aktionsplan zur Krisenprävention, in dem die staatliche Seite eine interministerielle Bestandsaufnahme anstrebt und Handlungsvorschläge zur Optimierung der Kohärenz der Aktivitäten ermitteln will, erstellte die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung eine Bestandsaufnahme aus der Perspektive der Zivilgesellschaft. Da die Zivilgesellschaft, analog zum Staat, natürlich keine Ressortabstimmung vornehmen konnte, wurde das Instrument der Befragung gewählt, um eine Bestandsaufnahme vorzunehmen. Ziel der Befragung war es, eine Zustandsbeschreibung der Zivilgesellschaft über Infrastruktur, Aktivitäten der Zivilen Konfliktbearbeitung und über Erfolge sowie Änderungsbedarfe zu ermitteln.

Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung führte Ende Juni bis Mitte August 2003 eine Befragung bei ca. 200 zivilgesellschaftlichen Organisationen mit Aktivitäten in der ZKB im In- und Ausland durch. Der Fragebogen wurde per Email verschickt und konnte von der Homepage der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung heruntergeladen werden. Zudem wiesen der Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) und das Projekt Zivik des Institutes für Auslandsbeziehungen auf die Befragung hin.

Eine Zusammenfassung wichtiger Ergebnisse der Befragung wurden in der vom Initiativkreis der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung herausgegebenen Broschüre „Frieden braucht Gesellschaft! Gesellschaftliche Akteure in der Zivilen Konfliktbearbeitung – eine Bestandsaufnahme“ in Kapitel 2.1. „Praxis ziviler Konfliktbearbeitung durch gesellschaftliche Akteure“ veröffentlicht. Die vorliegende Auswertung gibt einen erheblich differenzierteren Einblick in die Basisdaten der Erhebung.

Auf den folgenden Seiten sind die Ergebnisse der Befragung zusammengetragen worden.

Methodisches Vorgehen

Infrastruktur für Zivile Konfliktbearbeitung

Als Indikatoren für die Infrastruktur wurden die Kategorien „Rechtsform“, „Stellenwert der Zivilen Konfliktbearbeitung“, „Tradition“, „Anzahl des haupt- und ehrenamtlichen Personals für Zivile Konfliktbearbeitung“, „Budget“, „Finanzielle Mittel für Projekte der Zivilen Konfliktbearbeitung“ sowie „Stellenwert der Zivilen Konfliktbearbeitung für die Institutionen“ gewählt. Bei der Kategorisierung der Rechtsform wurden kirchliche und kirchennahe Institutionen gesondert erfasst, auch wenn eine erhebliche Anzahl von ihnen als Verein eingetragen ist. Weiterhin wurden alle Organisationen spezifischen Themenschwerpunkten zugeordnet. Bei Nichtregierungsorganisationen, die mehreren Kategorien zugeordnet werden können, erfolgt die Zuordnung nach den Tätigkeitsschwerpunkten der jeweiligen Organisationen. Die Zuordnung der Inlands- und Auslandsarbeit erfolgte auf der Grundlage der Angaben zu den Aktivitäten im Fragenkomplex 2 zu den Handlungsfeldern und Aktivitäten. Da viele Organisationen als Vereine eingetragen sind, erschien es aufschlussreich eine Einschätzung ihrer Größe zu erhalten. Daher spiegelt die Tabelle 1.6.3 vor allem die Realität von Organisationen mit Mitgliedschaften (als Einzelpersonen oder von Organisationen) wider.

Eine Auswertung des Mitteleinsatzes für Zivile Konfliktbearbeitung war nur unter Vorbehalt möglich, da einige Antworten offensichtlich den gesamten Mitteleinsatz für alle Projekte angaben und somit der spezifische Mitteleinsatz für Projekte der Zivilen Konfliktbearbeitung nicht zuverlässig zu ermitteln war.

Handlungsfelder und Aktivitäten

Die Analyse des Handlungsfeldes und der Aktivitäten erfolgte auf der Grundlage eines vorstrukturierten Rasters. Durch das Multiple-Choice-Verfahren konnten die Organisationen zwischen ihren Tätigkeiten im Inland und im Ausland unterscheiden und gleichzeitig eine Priorisierung ihrer Aktivitäten vornehmen. Um zwischen Häufigkeit und Wichtigkeit zu unterscheiden, wurde in einem zweiten Schritt um eine differenziertere Bewertung gebeten, indem die drei wichtigsten Aktivitäten in einer Skala eingetragen werden konnten. Auf der Grundlage dieser Informationen erfolgte eine Auswertung unter folgenden Aspekten:

- Kategorisierung der Handlungsfelder und Aktivitäten
- Vergleich der Häufigkeit einzelner Aktivitäten zwischen Inland und Ausland
- Rangfolge der zehn häufigsten Aktivitäten im Inland und Ausland, getrennt
- Rangfolge der wichtigsten Aktivitäten (Jede Organisation konnte drei wichtigste Aktivitäten nennen.)

Zentrale Entwicklungshemmnisse

Die Analyse zentraler Hindernisse erfolgte auf der Grundlage eines vorstrukturierten Rasters mit 10 Positionen zu möglichen Entwicklungshindernissen, die von den Organisationen durch ein Multiple-Choice-Verfahren ausgewählt werden konnten. Um einen Einblick darüber zu erhalten, was für die eigene Organisation notwendig ist und eine allgemeine Einschätzung zu erhalten, konnte weiterhin unterschieden werden zwischen „trifft auf unsere Organisation zu“ und „hier besteht hoher Handlungsbedarf“. Um zwischen Häufigkeit und Dringlichkeit unterscheiden zu können, wurde in einem zweiten Schritt darum gebeten, auf einer Skala die drei Hindernisse mit dem größten Handlungsbedarf zu gewichten.

Um ein differenzierteres Bild der dringenden Handlungsbedarfe zu erhalten und um auch nach ihren Lösungsmöglichkeiten zu fragen, wurde in einem dritten Schritt darum gebeten auf einem gesonderten Blatt den Ist-Zustand, den Soll-Zustand zu beschreiben und sowie auf Lösungsmöglichkeiten hinzuweisen. Diese Stellungnahmen sind in Kapitel 4 dokumentiert.

Rücklauf

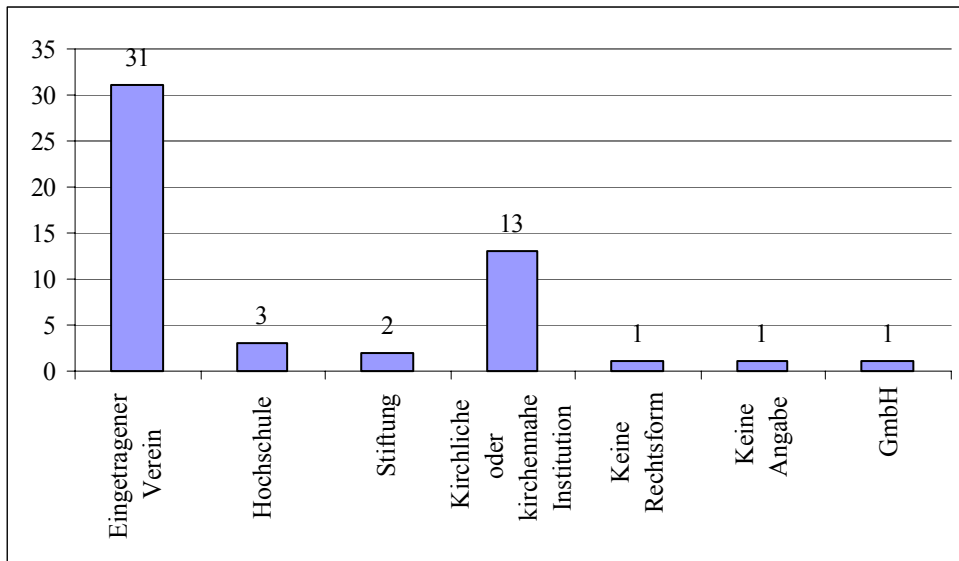
folgende 52 Organisationen haben sich an dieser Befragung beteiligt:

1. Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter
2. Aktion Sühnezeichen Friedensdienste
3. Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden
4. Amnesty International Deutschland
5. Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier
6. Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe
7. Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung
8. Arbeitsstelle für gewaltfreie Konfliktbearbeitung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern
9. Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung
10. Bonn International Center for Conversion
11. Bund für Soziale Verteidigung
12. CARE Deutschland
13. Deutsche Welthungerhilfe
14. Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
15. Eirene
16. Evangelische Akademie Bad Boll
17. Evangelischer Entwicklungsdienst
18. Fachhochschule Potsdam - Fachbereich Sozialwesen
19. Institut Frieden und Demokratie FernUniversität Hagen
20. Forum Ziviler Friedensdienst
21. Frauennetzwerk für Frieden
22. Friedenskreis Halle
23. Friedrich-Ebert-Stiftung

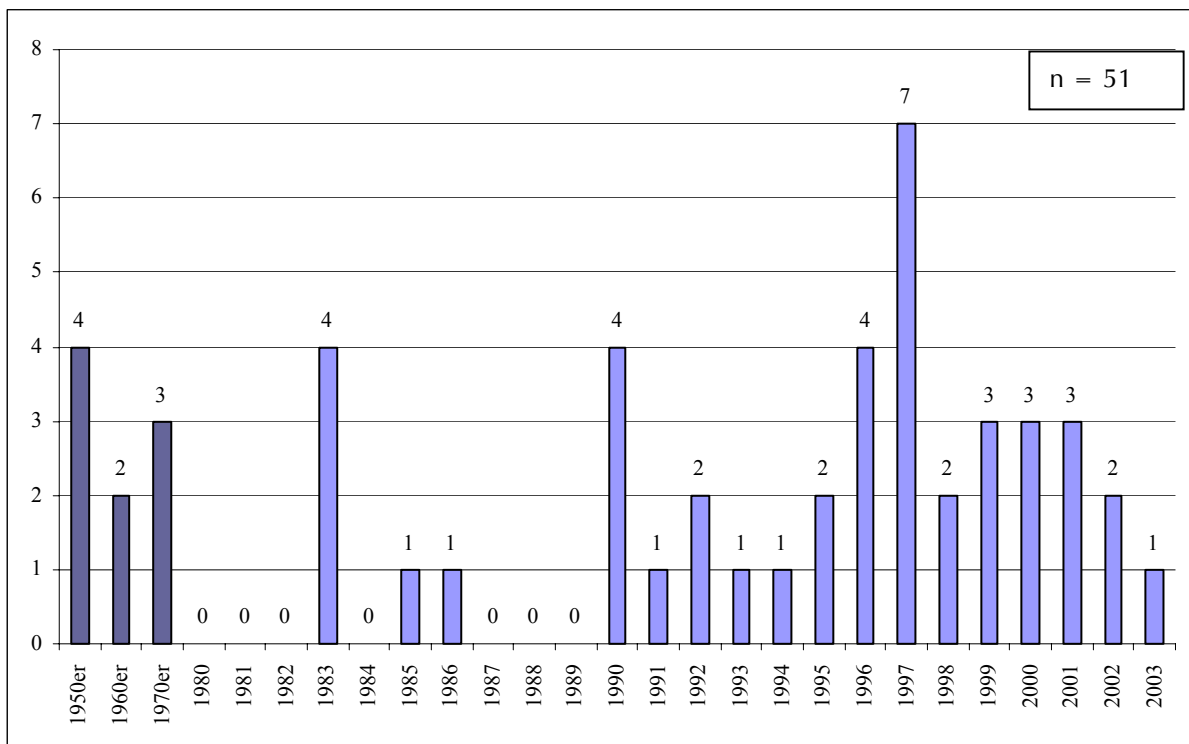
24. Gesellschaft für solidarische Entwicklungszusammenarbeit
25. Gewalt Akademie Villigst
26. Gustav Heinemann-Initiative
27. Helsinki Citizens' Assembly
28. Inkota-Netzwerk
29. Institut für Auslandsbeziehungen - Projekt zivik
30. Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen
31. Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung
32. Institut für Friedenspädagogik
33. Institut für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation Hamburg
34. Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges
35. Internationaler Versöhnungsbund - Deutscher Zweig
36. Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär
37. medico international
38. Mediothek für Afghanistan
39. Nonviolent Peaceforce - Arbeitsgemeinschaft der deutschen Mitgliedsorganisationen
40. Oekumenischer Dienst Schalomdiakonat
41. Ohne Rüstung Leben
42. Pax Christi - Deutsche Sektion
43. Peace Brigades International - Deutscher Zweig
44. Peace Counts
45. Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
46. Reporter ohne Grenzen
47. Stiftung Die Schwelle
48. Südost Europa Kultur
49. Umbruch-Bildungswerk für Friedenspolitik und gewaltfreie Veränderung
50. Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen
51. Vereinte Evangelische Mission
52. World Vision Deutschland

1. Infrastruktur gesellschaftlicher Akteure für Zivile Konfliktbearbeitung

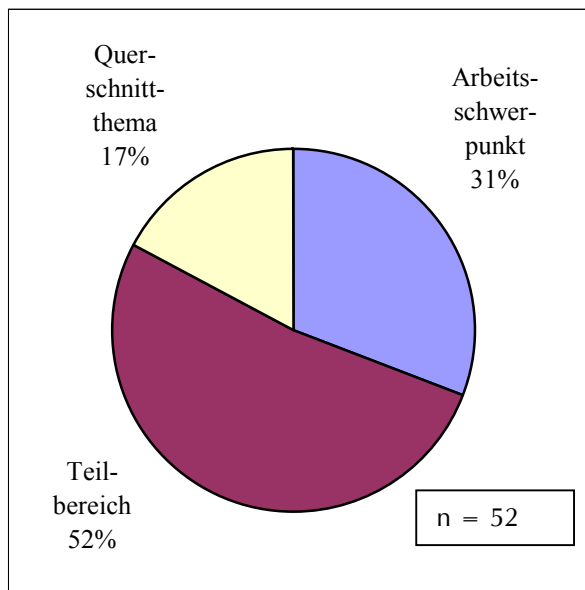
1.1 Rechtsform der befragten Organisationen



1.2 Seit wann sind Sie in Projekten der Zivilen Konfliktbearbeitung tätig?



1.3 Stellenwert der Zivilen Konfliktbearbeitung für die Organisation



1.4 Stellenwert der Zivilen Konfliktbearbeitung in der Inlands- und Auslandsarbeit

Stellenwert der ZKB/ im Inland und Ausland	Im Ausland tätige Organisationen	Im Inland und Ausland tätige Organisationen	Im Inland tätige Organisationen	Alle Organisationen
Querschnittsaufgabe	1	6	2	9
Arbeitsschwerpunkt	3	6	7	16
Teilbereich der Arbeit	4	13	10	27
Gesamt	8	25	19	52

1.5 Stellenwert der Zivilen Konfliktbearbeitung im jeweiligen Tätigkeitsfeld

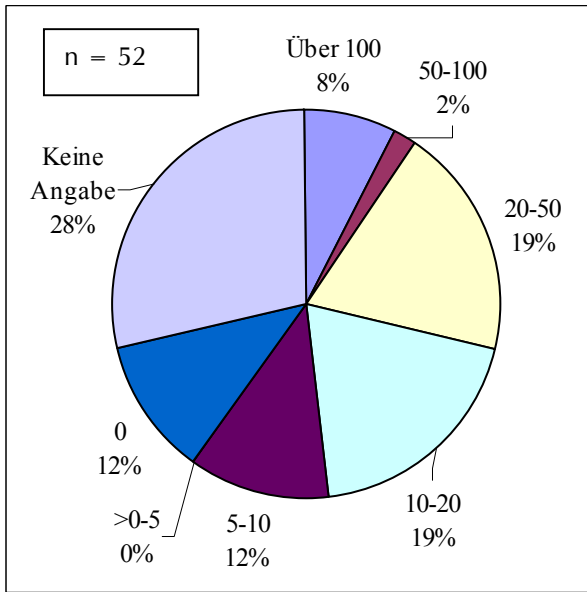
Tätigkeitsfeld/ Stellenwert der ZKB	Querschnittsaufgabe	Arbeitsschwerpunkt	Teilbereich	Alle Organisationen
Bildungsarbeit	0	4	5	9
EZ	5	0	5	10
Friedensarbeit	2	3	4	9
Friedensfachdienst	1	5	2	8
Menschenrechte	1	1	4	6
Networking/Beratung	0	2	2	4
Wissenschaft	0	1	5	6
Gesamt	9	16	27	52

1.6 Wie umfangreich ist Ihre institutionelle Ausstattung im Themenfeld der Zivilen Konfliktbearbeitung?

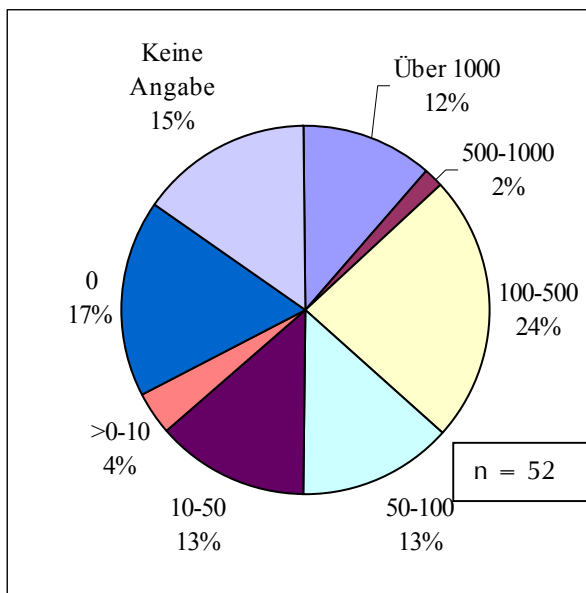
1.6.1 Anzahl der hauptamtlichen MitarbeiterInnen

Anzahl der Hauptamtlichen/ regionale Schwerpunkte	Schwerpunkt der Arbeit im Ausland	Arbeit im In- und Ausland	Schwerpunkt der Arbeit im Inland	Alle Organisationen
Keine	3	3	0	6
1-4	3	10	12	25
5-9	1	3	3	7
10-19	0	1	3	4
20-49	1	1	0	2
50-99	0	1	0	1
Mehr als 100	0	2	1	3
Gesamt	8	21	19	48

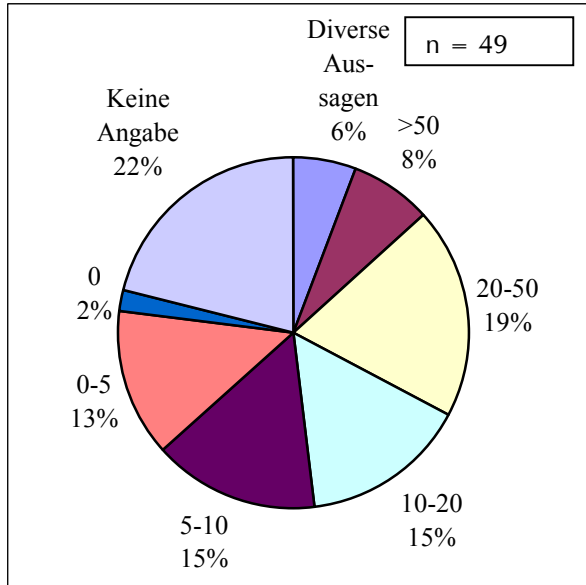
1.6.2 Anzahl der ehrenamtlichen MitarbeiterInnen



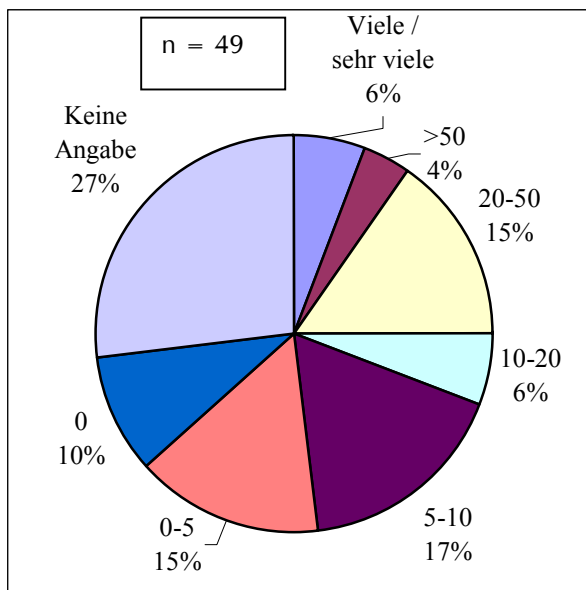
1.6.3 Anzahl der Mitglieder und/oder Mitgliedsorganisationen, Stand 2003



1.6.4 Anzahl der KooperationspartnerInnen im Inland



1.6.5 Anzahl der lokalen PartnerInnen im Ausland



2. Handlungsfelder und Aktivitäten der Zivilen Konfliktbearbeitung durch Nichtregierungsorganisationen

2.1 Kategorisierung der Handlungsfelder und Aktivitäten

1. Förderung und Aufbau von NRO- Strukturen in Konflikt- und Krisenregionen

- Abbau von Asymmetrien
- Förderung von Selbstorganisation
- Nationale und internationale Vernetzungen
- Qualifizierung von MitarbeiterInnen
- Beratung und Begleitung beim Aufbau von Institutionen
- Entwicklung von Informationsmanagement
- Unterstützung bei der Entwicklung eigener Projekte
- Unterstützung bei Fundraising
- Förderung im Bereich des Projektmanagements
- Einsatz von zivilen Friedensfachkräften

2. Aufbau und Förderung demokratischer Strukturen und Rechtsorgane (Good Governance)

- Beratung von Parteien bei Aufbau, Organisation und Führung
- Unterstützung von demokratischen Wahlkämpfen
- Wahlbeobachtung und Begleitung von Wahlprozessen
- Beratung und Unterstützung beim Aufbau von Rechts- und Sicherheitssystemen
- Beratung bei außergerichtlichen Streitschlichtungsverfahren (z.B. Täter-Opfer-Ausgleich)
- Monitoring der Polizei
- Monitoring von Gerichtsverfahren
- Monitoring von Gefängnissen
- Monitoring politischer Akteure
- Reform und Demokratisierung von Sicherheitsorganen
- Zivil-militärischer Dialog

3. Verständigung über Werte und moralische Maßstäbe für das gesellschaftliche Zusammenleben (politische Wertediskussion)

- Politische Bildungsarbeit zu zentralen Werten, wie z.B. Gerechtigkeit, Frieden, demokratisches Zusammenleben
- Stärkung der Bürgerrechte
- Beschäftigung mit der Vergangenheit auf lokaler/regionaler Ebene
- Entwicklung gemeinsamer akzeptierter Leitbilder
- Durchführung von Konferenzen, Tagungen, Veranstaltungen, Seminare, Workshops und Trainings
- Förderung der Menschenrechte / Gendermainstreaming
- Interkulturelle Bildungsarbeit
- Publikationen (Dokumentationen, Zeitschriften u.ä.)
- Medienarbeit (Radio, TV, Internet)

4. Gezielte Einflussnahme auf politische meinungs- und entscheidungsbildende Prozesse

- politische Lobbyarbeit, Aufbau politischer Parteien und Institutionen
- Aufklärung und Informationsvermittlung
- Monitoring von Menschenrechtsverletzungen
- Fact-Finding-Missionen
- Organisation von Demonstrationen, gewaltfreie Aktionen und Kampagnen, Boykotte (ziviler Ungehorsam)
- Aufbau einer gewaltfreien Gegenkultur, Solidaritätsarbeit
- Ermutigung lokaler Akteure für friedenspolitische Aktivitäten
- Partizipation von Frauen in Friedensprozessen

5. Gezielte Maßnahmen zur Deeskalation gewaltförmiger Konflikte (Konfliktmanagement)

- Unterstützung beim Einsatz von Sonderbeauftragten, UN-Menschenrechts- und FriedensbeobachterInnen
- Unterstützung von Friedenskommissionen
- Öffentliche Kampagnen zum Schutz von JournalistInnen
- Internationale Begleitung gefährdeter Personen, Besuche bei gefährdeten Organisationen und Einzelpersonen
- Dialoge mit Konfliktparteien (u.a. inoffizielle Gespräche)
- interreligiöse Dialoge
- Mediation und Vermittlungsarbeit
- Versöhnungs- und Traumaarbeit
- Antirassismus-Arbeit
- Ziviler Friedensdienst
- Opfer-Empowerment u.a. durch spezifische Qualifizierung von Gesundheitspersonal
- Internationale Vernetzung von NROs zu friedenspolitisch relevanten Themen

6. Friedenspädagogische Bildungsarbeit

- Dialogförderung zwischen Konfliktparteien
- Gemeinsame Projekte mit Konfliktparteien
- Informationsvermittlung
- Indirektes Networking durch gemeinsame Lernprozesse von Konfliktparteien (z.B. berufsspezifische Fortbildungen)
- Empowerment von Opfern, Marginalisierten, Minderheiten, Jugendlichen
- Gezielte friedenspädagogische Frauenförderprogramme
- Community-Building
- Qualifizierungsangebote in Konfliktmanagementtechniken
- Friedenspädagogische Tagungen, Podiumsdiskussionen, Konferenzen, Seminare, Workshops, Trainings zu ZKB
- Integrative, d.h. alle Konfliktparteien einbeziehende Jugend-, Selbsthilfe-, und Frauenprojekte

- Qualifizierung von Sozialarbeitern, Lehrern, Polizisten in ZKB
- Weiterbildung von Mitarbeitern in Ministerien und Verwaltung in ZKB
- Beratung bei friedenspädagogischen Projekten
- Entwicklung von friedenspädagogischen Materialien (z.B. Bücher, Videos, CD-Roms, Internetangebote) und Informationen über Aktivitäten der ZKB

7. Friedenspolitische Lobbyarbeit, Netzwerke, Friedensallianzen

- Politikberatung
- Aufbau von Netzwerken
- politische Kampagnen
- Förderung von Gender Mainstreaming Politik
- Friedenskonferenzen
- Erfahrungsaustausch zwischen den Akteuren, z.T. grenzüberschreitend
- Lobbyarbeit zugunsten der Förderung von NROs, die im Bereich der ZKB tätig sind
- Informationsvermittlung zu ZKB (z.B. Veröffentlichungen, Ausstellungen, Internet)

8. Gezielte Öffentlichkeitsarbeit als Beitrag zu Meinungsbildung und Förderung von Demokratisierung

- Infrastrukturaufbau für Medien
- Aufbau von Medienvielfalt
- Lobbyarbeit auf nationaler Ebene zu Mediengesetzgebung
- Beratung bei Berichterstattung, Aufbereitung und Weitergabe von differenzierten Informationen
- Qualifizierung von JournalistInnen und Ausbildung von FriedensberichterstatterInnen
- Gezielte Öffentlichkeitsarbeit durch Publikationen, Dokumentationen, Radio- und TV-Programme, Videos zum Thema der ZKB

9. Bildungspolitische Maßnahmen, Entwicklung von pädagogischen Konzepten und Materialien, Förderung und Unterstützung von Bildungseinrichtungen

- Lobbyarbeit gegenüber Bildungsministerien
- Förderung von Bildungseinrichtungen
- Handlungsorientierte Lehr- und Lernkonzepte für ZKB
- Friedenspädagogische Curriculaentwicklung für Schulbücher, Erarbeitung didaktischer Materialien, die zu Toleranz und Kooperationen anleiten
- Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften
- Entwicklung von Techniken der gewaltfreien Konfliktbearbeitung
- Förderung von Dialogen zwischen Lehrern und Lehrern/Eltern
- interkulturelle Erziehung
- Gewaltpräventionsprogramme an Schulen
- Schulmediation, Streitschlichterprogramme

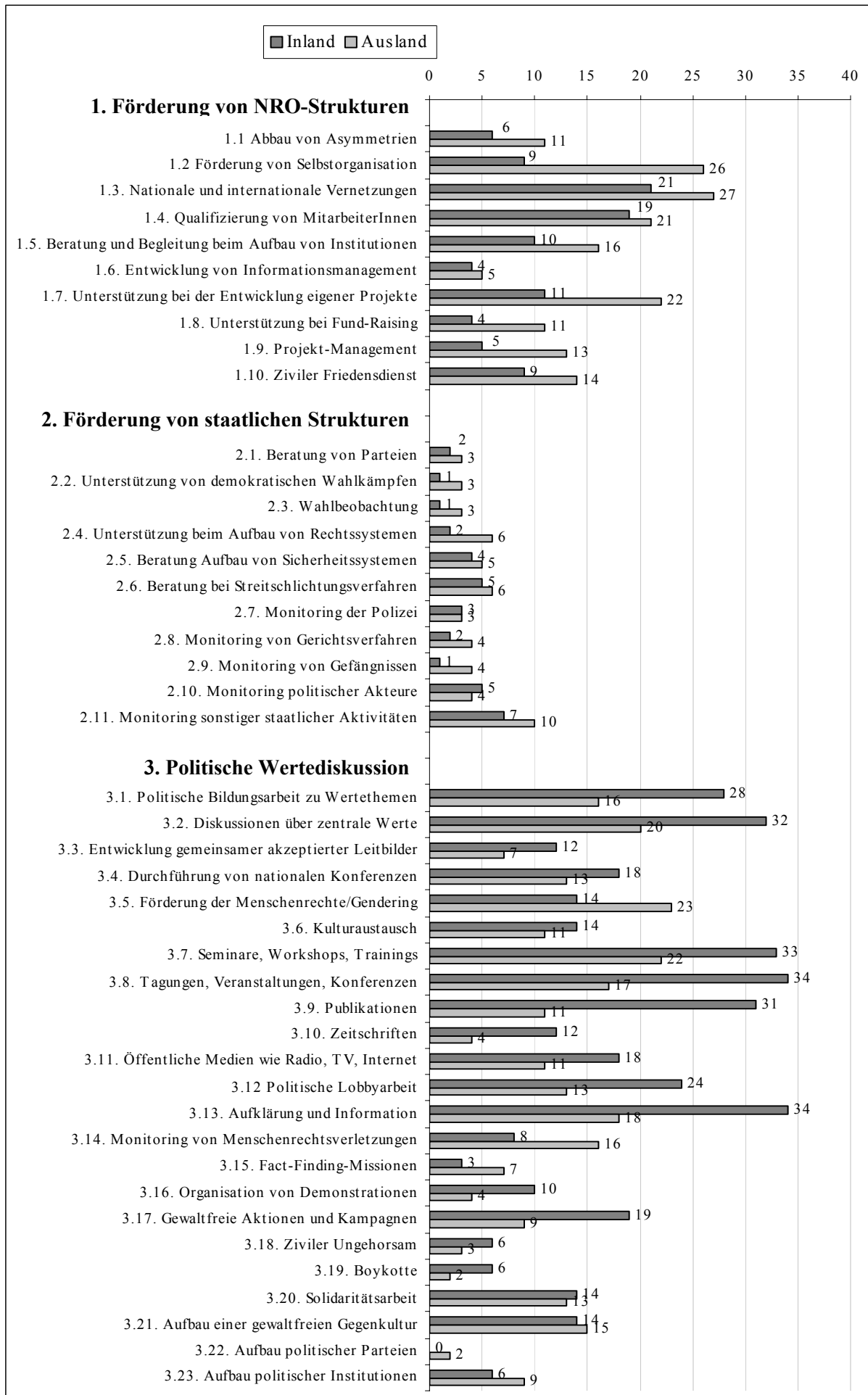
10. Friedenskonsolidierung durch Abbau militärischer Infrastruktur Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration von Ex-Kombattanten

- Beratung bei Entwaffnungs-, Demobilisierungs und Reintegrationsprogrammen für Ex-Kombattanten
- Beratung bei Konversionsprogrammen z.B. militärischer Liegenschaften, Rüstungsindustrie
- Beratung bei der Entwicklung gezielter Förderprogramme für die berufliche Umschulung von Ex-Kombattanten zur Entwicklung von zivilen Berufsperspektiven
- Traumaarbeit und Aufarbeitung von Gewalterfahrungen für Ex-Kombattanten (u.a. für Kindersoldaten)
- Unterstützung bei Kriegsdienstverweigerung
- Kampagnen gegen Landminen, Förderung von Entminungsprogrammen und Minenaufklärung

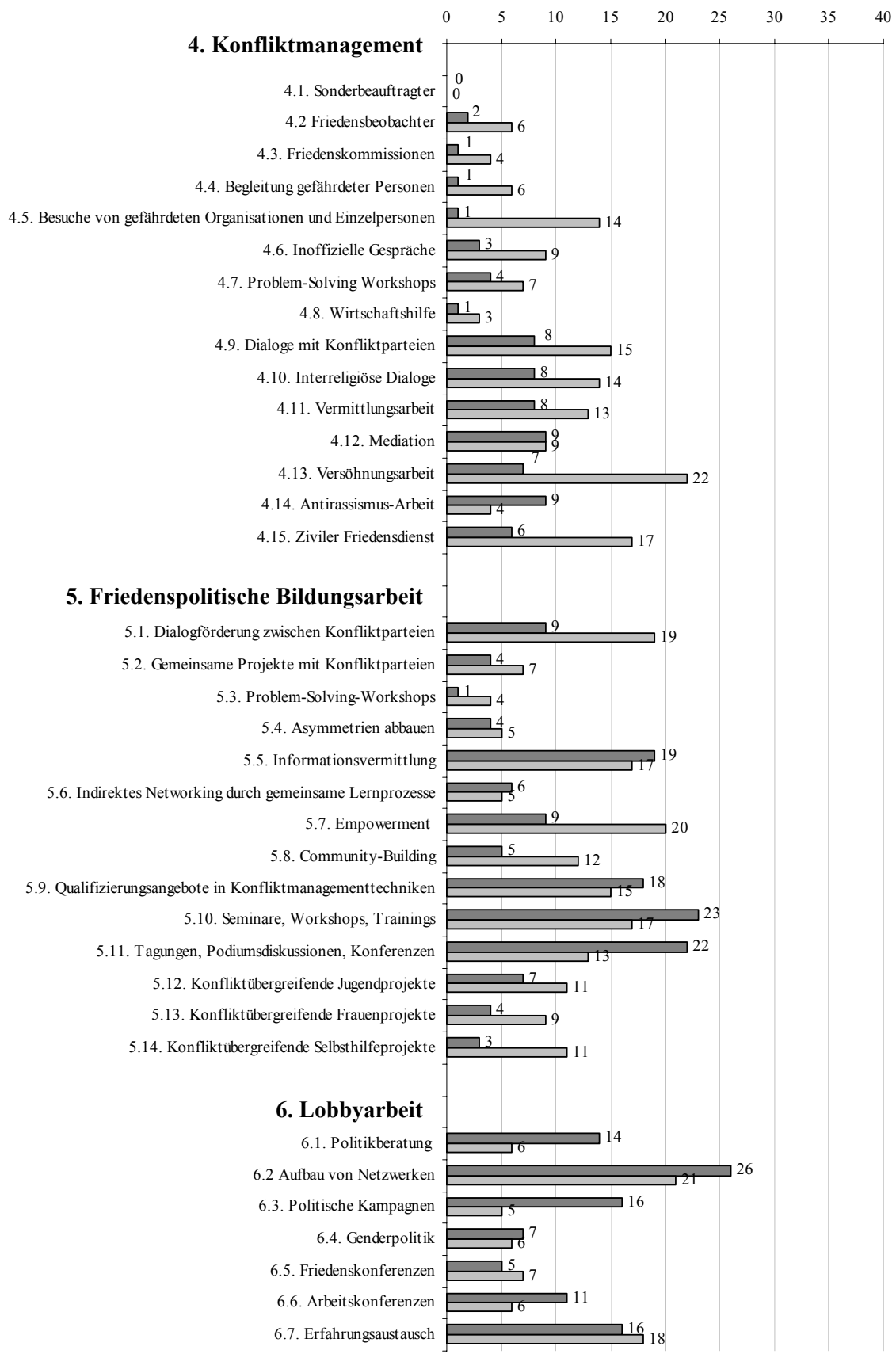
11. Förderung der Friedensforschung (Stärkung der friedentheoretischen Analysekapazitäten)

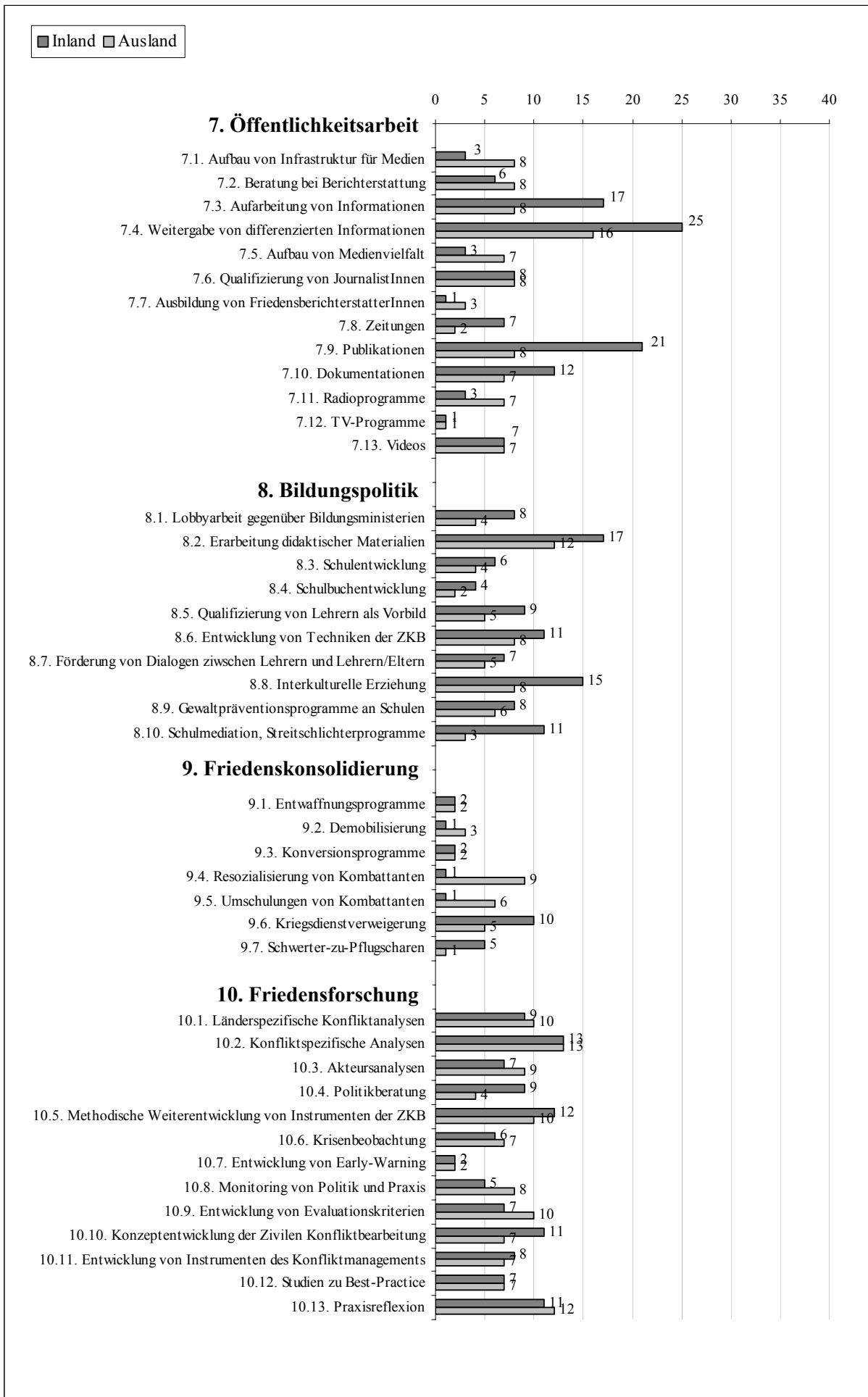
- Erstellung länderspezifischer Konfliktanalysen
- Erstellung von Konflikt- und Akteursanalysen
- Konzeptionelle und methodische Weiterentwicklung und Anpassung von Instrumenten der Zivilen Konfliktbearbeitung und Krisenprävention
- Entwicklung von Evaluationskriterien für ZKB
- Politikberatung im Bereich der ZKB
- Krisenbeobachtung und Entwicklung von Frühwarnsystemen
- Monitoring von Politik und Praxis
- Studien zu Best-Practice
- Praxisreflexion
- Gendermainstreaming in Konfliktprävention, -analyse und -bearbeitung
- friedentheoretische Grundlagenforschung

2.2 Aktivitäten im Vergleich Inland und Ausland

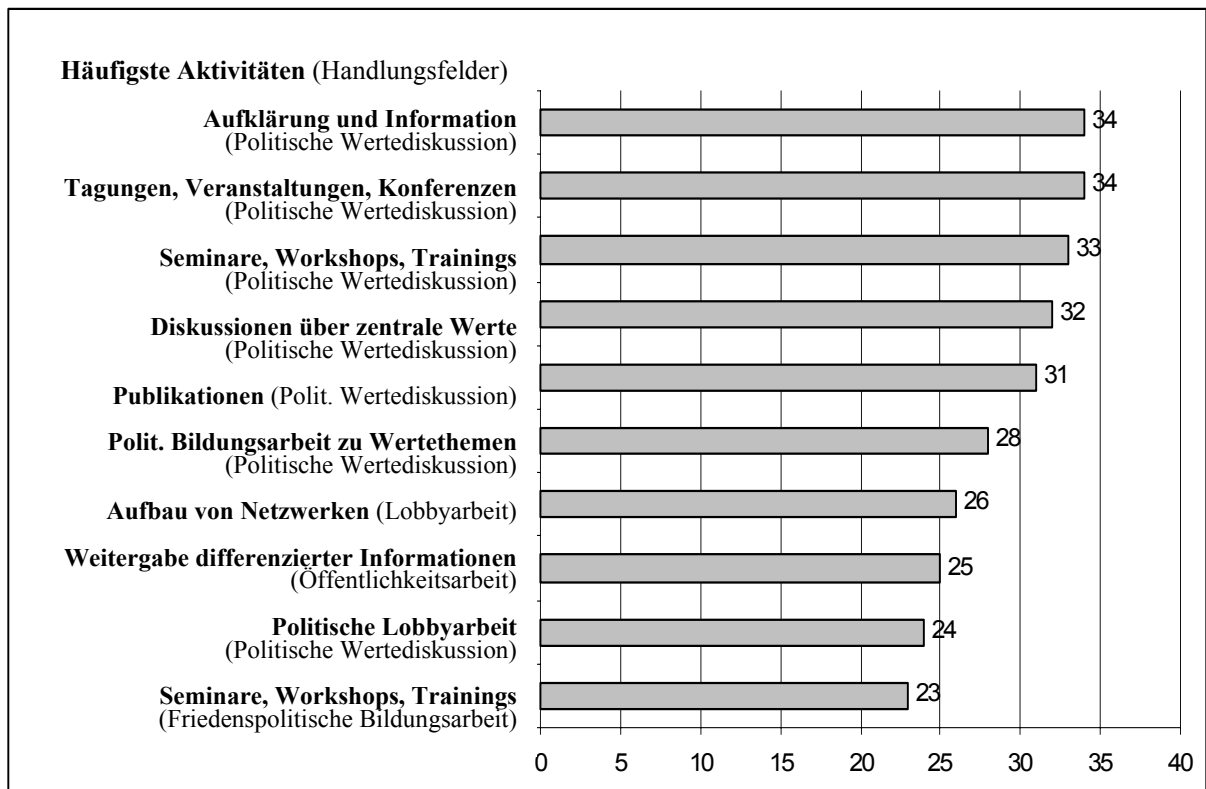


■ Inland ■ Ausland

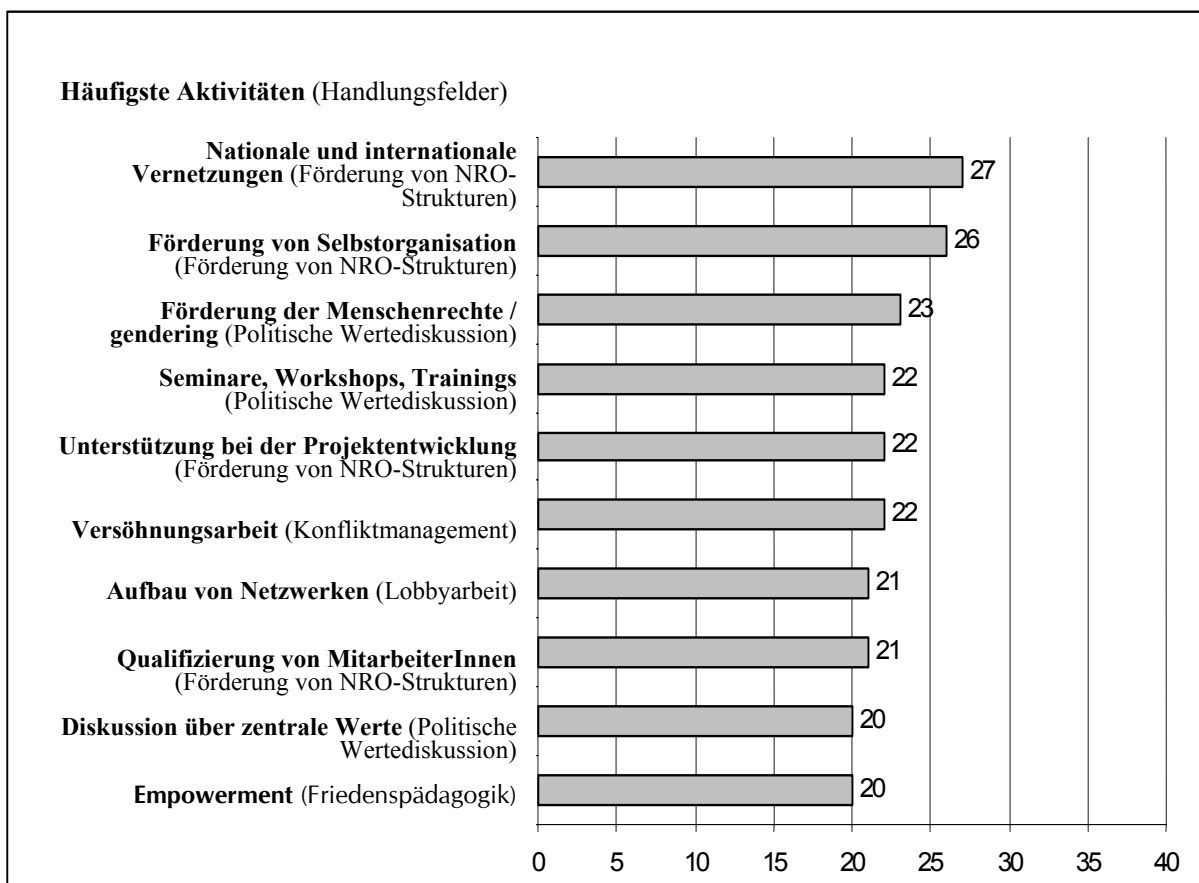




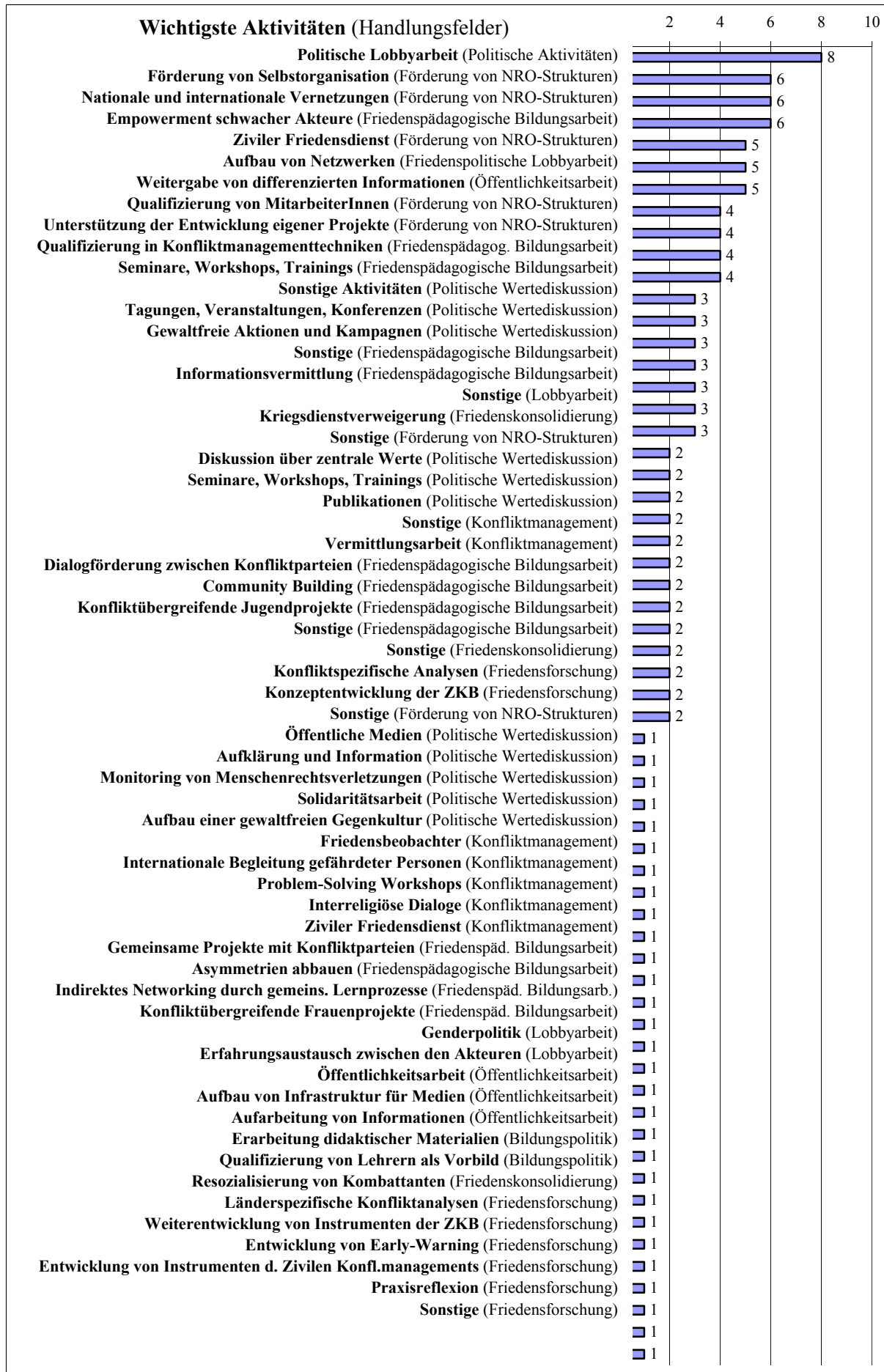
2.3 Rangfolge der zehn häufigsten Aktivitäten im Inland (gewichtet nach Aktivitäten innerhalb der Handlungsfelder)



2.4 Rangfolge der zehn häufigsten Aktivitäten im Ausland

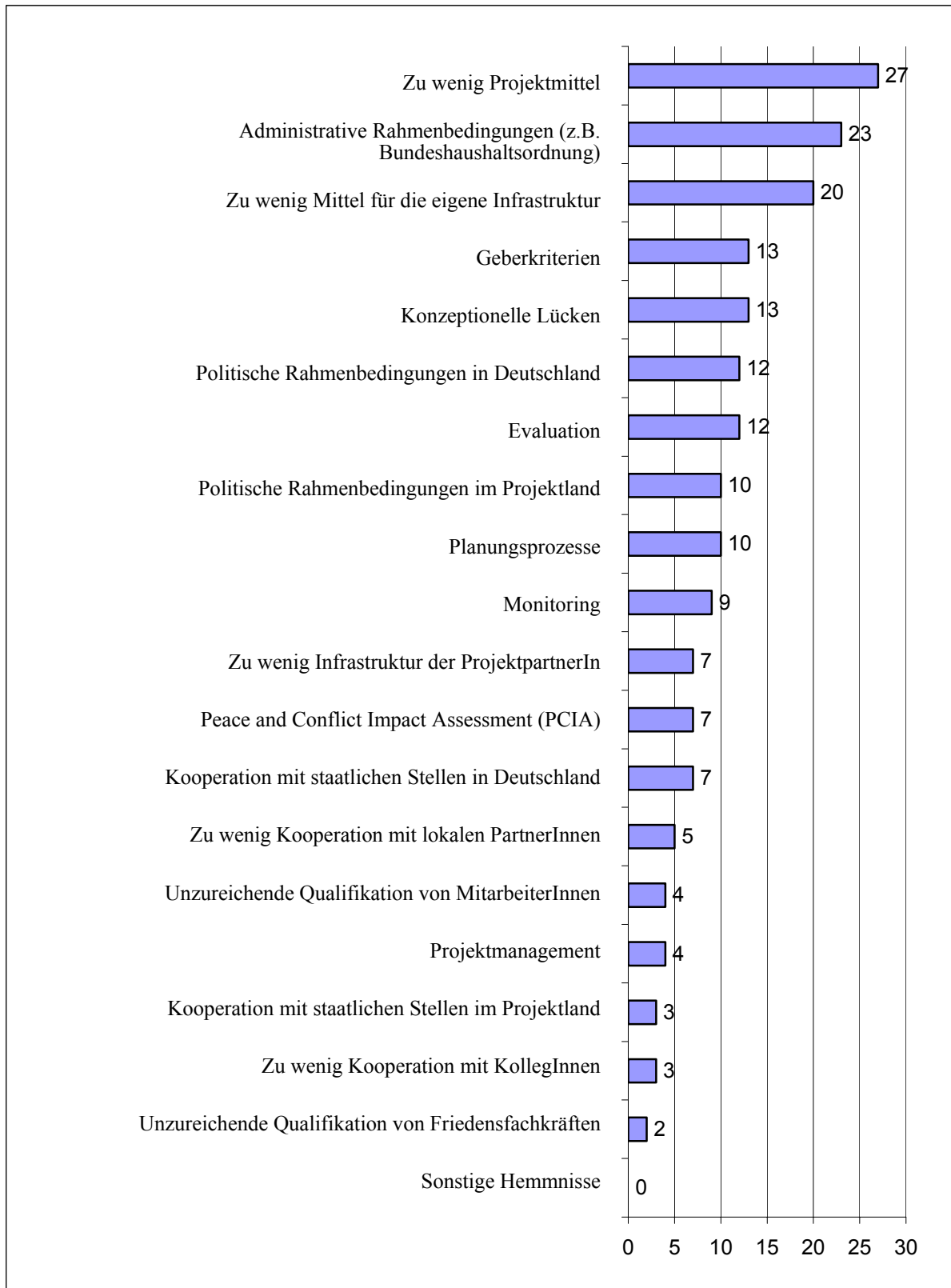


2.5 Rangfolge der wichtigsten Aktivitäten

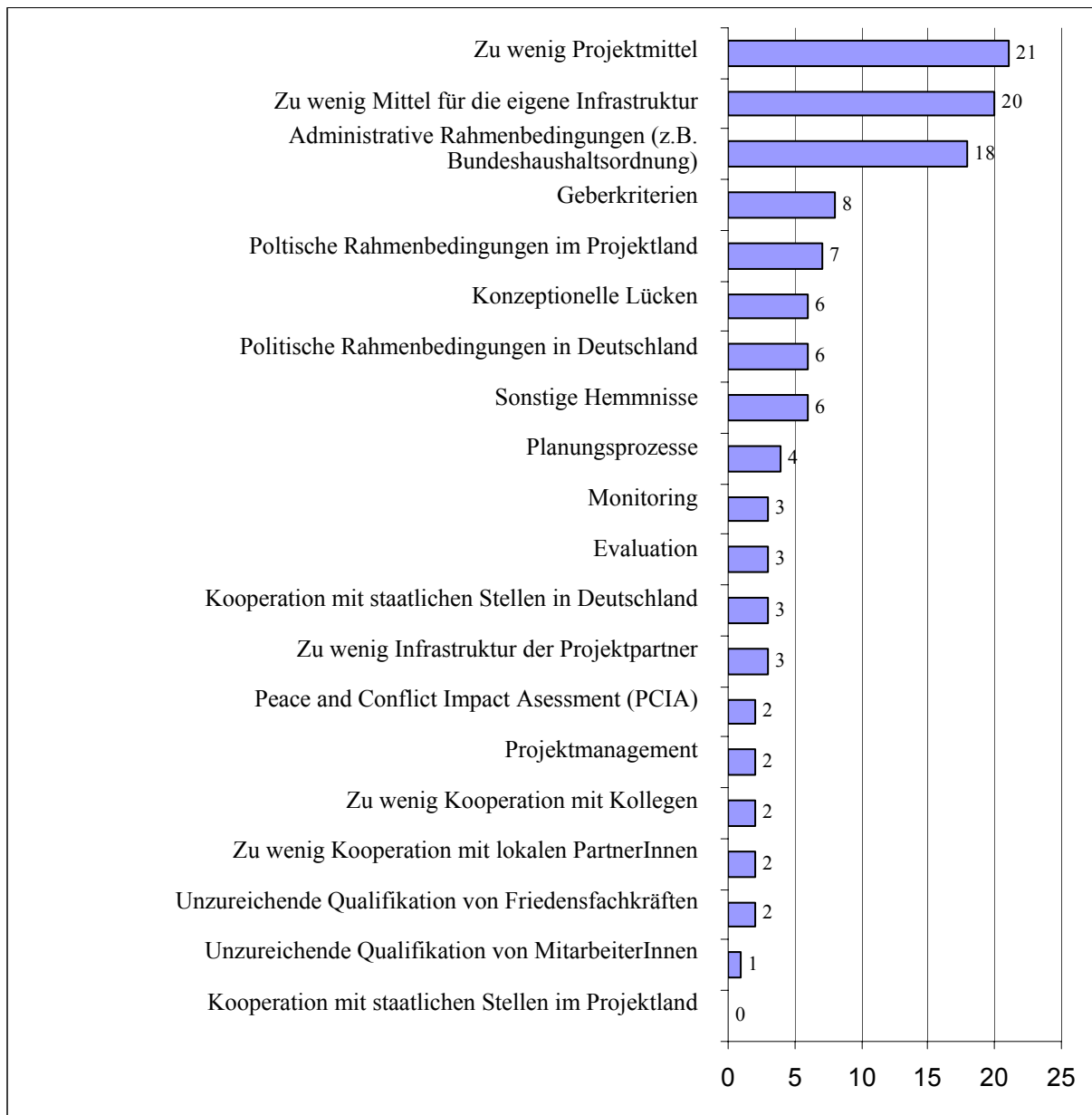


3. Zentrale Hindernisse im Bereich der Zivilen Konfliktbearbeitung

3.1 Rangfolge möglicher Entwicklungshemmnisse (entspricht Frage 8 des Fragebogens)



3.2 Rangfolge der wichtigsten Entwicklungshemmnisse (Je Organisation waren 3 Nennungen möglich)



4. Stellungnahme zu den drei wichtigsten Entwicklungshemmnissen:

Ist-Zustand, Soll-Zustand und Lösungsmöglichkeiten

<i>Beschreibung des IST-Zustands</i>	<i>Angestrebter SOLL-Zustand</i>	<i>Vorgeschlagene Maßnahmen</i>	<i>Priorität</i>
1. Konzeptionelle Lücken			
1. Es gibt kein Elterntraining, das konstruktive Alternativen zur Gewalt in der Erziehung anbietet. 2. Das Fehlen der konstruktiven Konfliktbearbeitung als integraler Bestandteil der Ausbildung von pädagogischen und psychosozialen Berufen.	1. Flächendeckendes Trainings- und Beratungsangebot für Eltern. 2. Konstruktive Konfliktbearbeitung als integraler Bestandteil der Ausbildung von pädagogischen und psychosozialen Berufen.	1. Die Kinderärztlichen Untersuchungen U0-U9 sollen ergänzt werden durch paralleles Elternernährungstraining 2. Veränderung der Ausbildungslehrgänge, Kopieren des FH Potsdamer Lehrstuhls für Friedenserziehung	1
Die Kirche hat noch nicht begriffen, dass sie von ihrem Auftrag her Friedenskirche sein muss und ihren Beitrag zu einer friedlichen Zivilgesellschaft nicht nur durch Predigt und Unterricht, sondern auch durch politische Einflussnahme und durch Vermittlung von know-how in Gewaltprävention und -vermeidung leisten muss	Theologische Erarbeitung und Umsetzung der Konzeption „Friedenskirche“.	Überzeugungsarbeit, Wertediskussion, Workshops, Trainings, Fortbildungen, Informationsvermittlung, Öffentlichkeitsarbeit Was wir brauchen, ist ein Beschluss der kirchenleitenden Organe (Landesbischof, Landeskirchenrat, Landessynode), dem Geist und der Praxis gewaltfreien Umgangs miteinander und gewaltfreier Konfliktbearbeitung im zwischenmenschlichen, innergesellschaftlichen und internationalen Kontext den Rang eines Schwerpunktes kirchlicher Arbeit einzuräumen.	1
Wenn weder Projektpartner noch FFK ein optimales Profil für ein gleichwohl notwendiges Projekt aufweisen, hat die europ. NRO eine besondere Verpflichtung zur Qualifizierung von FFK / Projektpartnern, bzw. zur Begleitung des Projekts im Interesse der Projektziele. Diese Kapazität ist aber bei europäischen NRO nicht ausreichend vorhanden (nur Überblickswissen über Konzepte + wenig Zeit zur Anpassung an projektspezifische Erfordernisse)	Europäische NRO verfügt über einen Set praxisorientierter tools, um Qualifikationslücke zwischen FFK / Partner und Projektzielen zu schließen (Vertrags-Modelle, Monitoring-Systeme, Gutachter-Datei, executive summaries zu ZKB-Methoden und Anwendungsgebieten, wie sie z. B. im Bereich partizipativer Methoden bestehen	Selbst: Entwicklung angepasster qualitätssichernder Instrumente, Anwendung derselben Frient (z.B.): Kurzübersichten zu tools/Methoden und Experten, die dazu Trainings anbieten (inkl. Ausländ. Experten, die vor Ort leben); Entwicklung einfach zu handhabender, nicht "überladener" tools zur Trägeranalyse im Bereich ZKB (auch fremdsprachliche zur Auto-Evaluation) Diverse: Angebot kurzer (max. 1-wöchiger) Crash-Kurse zum "state of the art" der ZKB für Backstopper (in den Zentralen), d. h. der Kurse für FFK, die die Methoden selbst anwenden	3
Der Verein hat zum Thema kein Konzept, da es durch aktuelle politische Ereignisse (11.9.01, Afghanistankrieg,	Es finden sich weitere Ehrenamtliche, die sich zu diesem Thema engagieren wollen, diese erstellen ein Konzept	Ich und andere könnten Leute anwerben, eine Arbeits-/Projektgruppe dazu gründen. Andere	3

<i>Beschreibung des IST-Zustands</i>	<i>Angestrebter SOLL-Zustand</i>	<i>Vorgeschlagene Maßnahmen</i>	<i>Priorität</i>
Irakkrieg, Kongo etc) keine Kapazität mehr gibt dieses Thema anzupacken.	für die Vereinsarbeit dazu.	müssten mitmachen.	
2. Peace and Conflict Impact Assessment (PCIA)			
Über existierende Risiken und potentielle Konfliktlinien besteht vielfach ein allgemeines und diffuses Wissen. Zur gezielten Konfliktanalyse fehlt aber ein systematisch-holistisches Vorgehen auf methodisch reflektierter Grundlage und empirisch möglichst gesicherten Daten.	Es bedarf an Instrumenten zur verlässlichen Informationsbeschaffung und -dokumentation, auf deren Grundlage Konfliktbearbeitungsinstrumente (Dialog der Konfliktgegner, Mediation etc.) wirksam eingesetzt werden können.	Wir können konfliktbezogene Länderanalysen in Auftrag geben oder selbst durchführen. Problem wird dabei sein, dass mangelnde Ressourcen zu einer Auswahl zwingen, wobei die Unsicherheit hinsichtlich der Vordringlichkeit welchen Konflikts kaum zu beseitigen ist.	3
3. Planungsprozesse			
Planungsprozesse laufen schlecht, da die Mitarbeiter nicht ausreichend ausgebildet sind Erfahrungen nicht geteilt werden (schlechtes Networking der Orgs) Donor-Restriktionen so groß sind, dass Mitarbeiter keine Zeit für vernünftige Planungsprozesse haben Entscheidungsfindung der Donor zu lange dauert – bis dahin hat sich Ausgangssituation im Konfliktgebiet längst geändert.	Planungsprozesse führen zu besseren Impacts, Durchführungsorganisationen achten auf gute Dokumentation und gute Reporting Structures und stimmen Aktivitäten und Erfahrungen miteinander ab (gutes Networking).	Overheads bzw. Management ist bei ZKB-Projekten besonders wichtig und müssen deshalb auch von Donors gewürdigt werden Es müssen auch Mittel bereitgestellt werden, um Planungsprozesse zu finanzieren bzw. zu refinanzieren. Wenn gute Projekte aus Budgetmangel nicht gefördert werden, ist sonst plötzlich der ganze Planungsprozess umsonst. Die Donor müssen deshalb auch kleine Finanzbeiträge für Forschung zur Verfügung stellen – ähnlich DFID, so dass die Organisationen vernünftige Konfliktanalysen im Vorfeld machen können und diese auch finanziert bekommen, unabhängig von der späteren Projektförderung. Die Organisationen haben Trainingsbedarf – Mitarbeiter müssen besser trainiert werden.	1
Unterschiedlich nach Projekten, nach Kapazität der Partnerorganisationen und nach Qualifikation/Erfahrung der MitarbeiterInnen; in komplexen Projekten kann es erhebliche Probleme geben, die einzelnen Maßnahmen entsprechend der Planung umzusetzen, vor allem, wenn auch staatliche Instanzen am Konflikt beteiligt sind	Geschmeidiger Ablauf der Projekte in guter Kooperation mit den Partnerorganisationen	Fortbildung, mehr Zeit zur Planung und Begleitung der Projekte	2
Erfreulicher Weise arbeiten viele Kreise in der Kirche an Programmen und Initiativen gegen Gewalt.	Eine Koordinations- und Planungsstelle für alles, was im Rahmen der Kirche an Programmen, Aktivitäten,	Das müssen wir innerhalb unserer Kirche leisten, ich kann mir nicht vorstellen, wie Hilfe von außen	3

<i>Beschreibung des IST-Zustands</i>	<i>Angestrebter SOLL-Zustand</i>	<i>Vorgeschlagene Maßnahmen</i>	<i>Priorität</i>
Aber viele wissen nicht voneinander, es fehlt die gegenseitige Information, Abstimmung und Koordination. Das führt zu Reibungsverlusten, zu Doppel- und Dreifachstrukturen, das Rad wird an unterschiedlichen Orten immer wieder neu erfunden.	Fortbildungen, Tagungen zum Thema angeboten und durchgeführt werden soll.	kommen könnte. Hilfreich wäre öffentlicher Druck auf die Kirche, hier mehr zu tun (z.B. Rede von Heiner Geißler in Tutzing).	
4. Projektmanagement			
Fortbildung, mehr Zeit zur Planung und Begleitung der Projekte	durch Monitoring wird regelmäßig der Stand der Projektumsetzung erhoben und der Projektablauf entsprechend gesteuert	Durch Fortbildung und mehr Kapazitäten in der Geschäftsstelle wird die Fähigkeit zum Monitoring bzw. der Evaluierung (und Auto-Evaluierung) verbessert. Wir können zur Entwicklung des entsprechenden Instrumentariums beitragen.	3
5. und 6. Monitoring und Evaluation			
Es gibt zu wenig M/E in Projekten der ZKB	Das Instrumentarium für M & E in der ZKB sollte ausgebaut werden	Qualifizierung der MitarbeiterInnen; Finanzierung von Evaluationen im Rahmen von Projektanträgen	3
Evaluation und Reflexion werden nur partiell durchgeführt, negative Ergebnisse werden nicht transparent gemacht. Dies hängt zum einen mit der Schwierigkeit zusammen, Ergebnisse von ZKB und Friedensarbeit zu evaluieren (sehr aufwendig, Konzeptentwicklung steht noch am Anfang). Zum anderen liegt dies in der Konkurrenz von Organisationen und in einer (staatlichen) Förderpraxis begründet, die keine Anreize zur Aufarbeitung von Fehler bietet. Folgen: Weitergabe von Best Practices, Lessons learned nur langsam und lückenhaft, Erfahrung mit Evaluation wird zu wenig reflektiert	Erfahrungen mit Projekten der ZKB werden systematisch und kritisch reflektiert und bieten Chancen aus Fehlern zu lernen. NRO und staatliche Organisationen stellen diese Lernerfahrungen auch anderen zur Verfügung.	Weiterentwicklung von Evaluationskonzepten und Stärkung einer Evaluationskultur, die vorrangig dem Lernen über und aus Projekten und Programmen und nicht der „Vermarktung“ von Projekten verpflichtet ist.	3
Projekte oder Aktionen werden konzipiert und durchgeführt, eine systematische Evaluation/Erfolgskontrolle findet nicht statt.	Jedes Projekt wird auch evaluiert, aus der Evaluation werden die entsprechenden Konsequenzen gezogen, z.B. Vornehmung von Änderungen am Projekt / Einstellung des Projekts / Ausbau und Vervielfältigung des Projekts...	Selbst: - Entwicklung eines Bewusstseins für den Wert von Evaluationen - (Mit-)Entwicklung von passenden Evaluationskonzepten Andere: - Finanzierung von Evaluationsprojekten	3

<i>Beschreibung des IST-Zustands</i>	<i>Angestrebter SOLL-Zustand</i>	<i>Vorgeschlagene Maßnahmen</i>	<i>Priorität</i>
<p>Die Projekte im Bereich ZFD sind mit hohen Erwartungen auf allen Seiten verbunden (Politik, NROs und lokale Partner) – der tatsächliche „Erfolg“ der Projekte ist z.T. jedoch schwer messbar bzw. von den politischen Rahmenbedingungen im Projektland in hohem Masse abhängig und kann im schlechtesten Fall trotz hervorragender Projektplanung, gutem internationalem und gutem lokalen Personal scheitern.</p>	<p>Für Länder / Regionen mit ZFD-Schwerpunkten könnten Gesprächsrunden zwischen Bundesregierung (AA, BMZ) und den dort beteiligten NROs (nicht nur mit ZFD-Projekten, auch THW, Caritas etc. im Bereich humanitäre Hilfe und Aufbau) sinnvoll sein. Vor Ort sollten die ZFD-Projekte auf jeden Fall an den Diskussionen in den dortigen Strukturen beteiligt sein – nach Projektland sicher unterschiedlich, gemeint ist z.B. a) Kosovo: Kontakte mit den internationalen Strukturen und den entstehenden lokalen Strukturen b) Bosnien: Kontakte zu den internationalen Strukturen und den lokalen Strukturen (so war unser Projekt in Zenica / Bosnien von März 2000 – Juni 2003 nur deshalb mit der Rückführung von Binnenvertriebenen erfolgreich, weil von der Basisarbeit mit den Betroffenen bis hin zu Anfangs nötigem Druck über UNHCR und OHR auf lokale Strukturen, die Rückkehr sabotieren wollten, alle „Register gezogen“ wurden. c) In anderen Ländern mindestens die Initiierung von Gesprächsrunden im Lande befindlicher deutscher oder EU-europäischer NROs durch die Botschaft.</p>	<p>Kann nur vom BMZ ausgehen, könnte aber durch Lobbyarbeit von uns eingefordert werden, die wir im Verbund mit anderen gerne bereit sind zu leisten-</p>	<p>3</p>
7. Kooperation mit staatlichen Stellen			
<p>Durch die starke Kooperation mit staatlichen Stellen gerät man leicht in Abhängigkeit und verliert den antimilitaristischen und pazifistischen Hintergrund, nämlich ZKB als ALTERNATIVE zum Militär ins Hintertreffen; vor allem aus diesem Grunde ist das Konzept in unserem Verband umstritten Andererseits können wir wohl nicht auf die Kooperation mit staatlichen Stellen verzichten, es sei denn wir machen so lange politische Lobbyarbeit bis wir eine pazifistische Regierung haben, die DANN endlich glaubwürdig ZKB als Alternative zum Militär fördert und praktiziert; das ist aber vermutlich unrealistisch</p>	<p>Die staatlichen Stellen sollen die Akteure des ZKB/ZFD nicht gängeln und damit glaubwürdig gewaltfreie Konfliktlösungsmechanismen als Alternative zu Militärinterventionen fördern Die Akteure sollen selbstbewusst auf ihre Kompetenzen und ihren pazifistischen Hintergrund hinweisen und ggf. durch Aktionen dem Staat nahelegen, dass sie nicht nur Techniker des ZKB sind, sondern politische Visionen einer gewaltfreieren Welt umsetzen wollen</p>		<p>2</p>

<i>Beschreibung des IST-Zustands</i>	<i>Angestrebter SOLL-Zustand</i>	<i>Vorgeschlagene Maßnahmen</i>	<i>Priorität</i>
9. Zu wenig Kooperation mit Kollegen			
Strategische Kooperationen zwischen NRO stellen eher die Ausnahme dar, was mit struktureller Konkurrenz (hinsichtlich Förder- und Spendengelder, Profilgewinnung) zusammenhängt und dazu führt, dass die Möglichkeiten, fehlende Ressourcen und Spezialwissen durch die Einbindung anderer Akteure zu ergänzen, zu wenig genutzt werden.	NROs agieren in Netzwerken und Kooperationsverbänden und können damit ihre Ressourcen optimal nutzen, voneinander lernen und Spezialisierungen ausbauen.	Plattform ZKB und andere Netzwerkstrukturen stärken staatliche Förderpraxis sollte Anreize für Kooperationen und gemeinsames Lernen bieten Lernprozesse und Erfahrungen transparent gestalten	1
10. Zu wenig Kooperation mit lokalen PartnerInnen			
Ungleichgewicht in der Bedeutung, Wahrnehmung, Respektierung und Unterstützung von hiesigen und lokalen Partnern. Oft werden die lokalen Partner in eine Randposition gedrängt, die die Konzepte und Strategien, die hier entworfen werden, nur umsetzen sollen. Als gleichberechtigte konzeptionelle Akteure, die auch eine entsprechende Ausstattung brauchen, werden sie nur selten wahrgenommen, ihre Erfahrungen werden oft aus der Objektperspektive evaluiert, Evaluierungskriterien und Indikatoren orientieren sich häufig an hiesigen Interessen. Innovative Entwicklungen von lokalen Partnern sind nicht ausreichend dokumentiert und so zugänglich gemacht, dass sie wahrgenommen werden und konzeptionellen Einfluss gewinnen können. Ursachen sind neben eurozentrischen Wahrnehmungsmustern Geberkriterien, eine Struktur der Öffentlichkeit, die auf Visibility setzt sowie Eigeninteressen der hiesigen Akteure, die sich als ‚Macher‘ und Handelnde präsentieren möchten. Hinzu kommen Schwächen der lokalen Partner (neben der ökonomischen Abhängigkeit), konzeptionelle Weiterentwicklungen zu dokumentieren und mit der entsprechenden Präsentation und Geschwindigkeit in den hiesigen Diskussionsprozess einzuspeisen.	Eine echte Anerkennung der Kompetenz lokaler Partner und die Stärkung ihrer Konzeptions- und Handlungsfähigkeit könnte die zivile Konfliktbearbeitung jedoch langfristig sichern und weiterentwickeln.	Wir haben best practice Beispiele, können entsprechende Beratung anbieten, brauchen eine Geberpolitik, die die Kooperation und Kommunikation mit lokalen Partnern stärkt und deren Konzeptentwicklung öffentlich machen will.	1

<i>Beschreibung des IST-Zustands</i>	<i>Angestrebter SOLL-Zustand</i>	<i>Vorgeschlagene Maßnahmen</i>	<i>Priorität</i>
(Potentielle) Partner, d.h. solche die gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen, sind meist durch bestimmte Schwächen gekennzeichnet, die ihre Wirkungsmacht erheblich begrenzen und dadurch die Verbesserung der Rahmenbedingungen verhindern. Es fehlt vielfach den Partnern neben materiellen Ressourcen an fachlichen und organisatorischen Fähigkeiten zur erfolgreichen Arbeit an den eigenen Zielen.	Partnerorganisationen müssen über Zeit mehr oder weniger eigenständig in der Lage sein, zielgerichtet und wirksam zu arbeiten	Wir können in einem ersten Schritt durch geeignete Maßnahmen die fachliche und organisatorische Kompetenz potentieller Akteure stärken und in einem zweiten die Wirkungsmacht der Akteure durch Hilfestellung bei ihrer Vernetzung und Anbindung an politische Entscheidungsträger. Soweit die Öffentlichkeit sinnvoll einbezogen werden sollte, könnte gezielt Medienarbeit mit angeboten werden.	2
11. Politische Rahmenbedingungen in Deutschland			
- Politisches Haupthemmnis ist die verbreitete Tendenz, Probleme – selbst wenn sie offenkundig sind – nicht anzugehen: die Kultur des Schweigens - Gleichzeitig ist vielfach die Gewaltenteilung unzureichend entwickelt, so dass Institutionen nicht in völliger Unabhängigkeit ihren Aufgaben nachgehen können.	Probleme müssen auf eine Weise thematisiert dass sie potentielle Konflikte nicht verstärken, aber dennoch deren Ursachen analysiert und Lösungsansätze gefunden werden können Die Gewaltenteilung muss verstärkt, ein funktionierendes System von checks-and-balances entwickelt werden.	Zu beiden Problemkreisen können wir zielführende, d.h. die Rahmenbedingungen für eine effektive Gewaltenteilung verbessernde, Angebote machen: Ziele wären eine Öffnung der Debattenkultur und policy-Beratung auf der institutionellen Ebene.	1
Projekte der ZKB im Ausland werden zum Feigenblatt, wenn die politischen Rahmenbedingungen nicht stimmen. Die Glaubwürdigkeit des ZFD/der ZKB ist gefährdet, wenn das nicht offensiv thematisiert wird. Zur Professionalisierung der ZKB gehört auch ihre Politisierung. Das heißt, außen- und sicherheitspolitische Rahmenbedingungen müssen thematisiert werden von den Organisationen, die Projekte der ZKB durchführen. Leider geht die Entwicklung in eine andere Richtung: Es findet eine Entpolitisierung statt. Es wird nur noch die Mikroebene betrachtet (stimmt das Projektmanagement, wurden die Projektziele erreicht), weniger die Frage, wird die Wirkung des Projektes nicht konterkariert durch die Makroebene	Es muss über den konkreten Projektzusammenhang hinaus gedacht werden. Erfahrungen aus den Maßnahmen der ZKB sollen in die allgemeine friedenspolitische Diskussion eingebracht werden. Es soll deutlich gemacht werden, dass ZKB zwar ein hilfreiches Instrument sein kann, um internationale Konflikte zu bearbeiten, aber kein hinreichendes. Dass sie nur wirksam sein kann in einem entsprechenden politischen und ökonomischen Umfeld.	Wir: wollen die Diskussion führen und tun dies in unseren Netzwerken , den Gremien und Organisationen. Andere: Diese Diskussion muss organisationsübergreifend geführt werden, sie muss auf der Ebene von Netzwerken und Dachorganisationen der ZKB/des ZFD als Gemeinschaftsaufgabe verstanden werden.	1

<i>Beschreibung des IST-Zustands</i>	<i>Angestrebter SOLL-Zustand</i>	<i>Vorgeschlagene Maßnahmen</i>	<i>Priorität</i>
Die BRD gibt auch weiterhin zu wenig Geld für ZFD/ZKB und zu viel für Militär und Rüstung aus So bleibt die vom Bund betriebene Förderung von ZKB ein Feigenblatt der Regierung für ihre Argumentation, sie betreibe Friedenspolitik (gleichzeitig führt sie aber Krieg oder unterstützt ihn und legitimiert dies für alle Zukunft in ihren "Verteidigungspolitischen Richtlinien")	Dauerhaft festgelegte und damit unumkehrbare Umverteilung aus dem Rüstungshaushalt hin zu Krisenprävention (Stärkung der entsprechenden Instrumente innerhalb der OSZE), Förderung der Zivilgesellschaften (v.a. Friedensgruppen), gerechter Entwicklung und allen notwendigen Aufgaben, die im Punkt 2 aufgeführt werden)	Da die DFG-VK am Anfang seiner Arbeit im Bereich ZKB steht, wäre es unsere Aufgabe die politische Lobbyarbeit, Aktionen, Kampagnen, Informationsvermittlung im Hinblick auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen im obigen Sinne zu leisten. Andere, die schon länger in dem Bereich arbeiten, sollten - von uns begleitet und unterstützt ZKB und ZFD weiterentwickeln	1
Generell zu wenig Priorität auf zivilen Mitteln. Renaissance des militärischen Agierens (Kosovo, Afghanistan, Irak) ohne Konzepte, was nach militärischer Gewalt kommen soll. Bindung von großen personellen und sachlichen Ressourcen für nicht zivile Zwecke	Erkennbare Umschichtung von Ressourcen, Erleichterung bei den administrativen Rahmenbedingungen wie z. B. BHO / Erleichterung von Abrechnungen	Langfristige Anstrengungen nötig (Struktur + Projekte) Verbreitung der eigenen Erfolge in der Öffentlichkeit Aufbau von politischen und administrativen Förderkreisen	3
12. Politische Rahmenbedingungen im Projektland			
Die übergreifenden politischen Rahmenbedingungen behindern Friedensarbeit auf mittlerer und unterer Ebene häufig massiv. Der Konflikt zwischen der Zentralregierung und den LRA Rebellen in Norduganda führt z. B. zu immer neuen Flüchtlingen, entführten und zwangsrekrutierten Kindersoldaten, womit der Strom der wieder in die Gesellschaft einzugliedernden und traumatisierten Kinder immer neuen Zuwachs erhält.	Keine neuen Entführungen, keine zusätzlichen Traumatisierungen, keine Überfälle mehr auf Zivilpersonen	Hier müssen Maßnahmen auf der oberen politischen Ebene ergriffen werden. Verhandlungen Regierung – LRA. Diese werden nur zustande kommen, wenn der internationale Druck auf beide Seiten massiv verstärkt wird.	1
Hintergrund: Aufenthaltsstatus der Freiwilligen im Projektland ist abhängig vom guten Willen der Regierung des Projektlandes Grundproblem: Wenn internationale Präsenz nicht oder nicht mehr erwünscht ist, da Funktionen der Beobachtung von Menschenrechtsverletzungen und der Erweiterung des sicheren Handlungsspielraums für zivilgesellschaftliche Friedensakteure nicht (mehr) unmittelbares Interesse der Regierung des Projektlandes, dann kann über den Aufenthaltsstatus die Arbeit von PBI behindert werden. Aktuelles Beispiel: Provinz Aceh, Indonesien	Vision: Internationale geregelte Bedingungen zur Anerkennung internationaler Akteure, die Präsenz und Beobachtung gewährleisten Ratifizierung, Beachtung bzw. internationaler Druck bei Nicht-Beachtung dieser internationalen Standards Minimalziel: Anerkennung der wichtigen Rolle internationaler Beobachter und entsprechender Druck auf die nationalen Regierungen in Konfliktländern, um deren Aufenthaltsstatus abzusichern	Eigene Beiträge: Anerkennung der nationalen Auflagen für Gewährung eines „normalen“ Aufenthaltsstatus Politischer Dialog mit nationaler Regierung im Projektland Lobbyarbeit auf internationaler Ebene: Politischer Druck über Botschaften und nationale Regierungen aus denen Projektfreiwillige kommen Beiträge anderer: Politischer Druck auf Regierung im Projektland - durch deutsche Regierungen, AA, Botschaften - durch konzertierte Aktionen (zivilgesellschaftliche Netzwerke, Kampagnen) - durch internationale Öffentlichkeit (Medien)	1

<i>Beschreibung des IST-Zustands</i>	<i>Angestrebter SOLL-Zustand</i>	<i>Vorgeschlagene Maßnahmen</i>	<i>Priorität</i>
Erfahrungen in einem ZFD Projekt in Serbien haben gezeigt, dass dortige lokale Behörden oftmals widersprüchliche Informationen äußern, Absprachen nicht einhalten, konträre Entscheidungen treffen, die das Projekt behindern	Wünschenswert ist natürlich eine kooperative, unterstützende Haltung lokaler Behörden im Einsatzland, um das Projekt optimal und nachhaltig zu gestalten.	Es ist schwierig hier Vorschläge zu unterbreiten, da es an der Möglichkeit fehlt, lokale Macht- und Einflussfaktoren im Ausland zu verändern.	2
13. Administrative Rahmenbedingungen (z. B. BHO)			
Jährlichkeit der Mittel geht total am Thema vorbei, wir als DWHH haben keinen Zugang zu Mitteln des ZFD wenig Mittel für die Qualifizierung von Mitarbeiter/innen	mehrjährige Projektlaufzeiten, ca. 3-5 Jahre ein gewisser Prozentsatz der ZFD-Mittel sollte auch für Organisationen zugänglich sein, die keine Träger des ZFD sind (im Zuge von Einzelanträgen) offener Topf für Qualifizierungsmaßnahmen		1
Jährlichkeit der Bewilligung zu restriktiv in der Entwicklungsphase des ZFD. Z. T. verursachen Abflussschwierigkeiten in Jahr 1 einen Mittelstau in Jahr 2. Enge Kostenpläne erhöhen administrativen Aufwand - kein Wettbewerb auf Kostenebene, da Kostenpläne keine Deckung in übergeordneten Kategorien ermöglicht	Gesamtbewilligung einer Summe X, daraus Freiheit der Organisation bewilligte (inhaltlich) Maßnahmen mit Budgetautonomie umzusetzen. Aufhebung Jährlichkeit analog zur EZ	Transparenz, regelmäßige Buchprüfung bzw. Rechenschaftsbericht	1
Krisenprävention ist noch immer nur ein Randbereich der deutschen und europäischen Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik. Die Hauptprobleme resultieren aus den ungerechten Wirtschaftsbeziehungen, der kulturellen Dominanz und Arroganz des Westens und der Unangepasstheit der westlichen und internationalen Entscheidungs-, Problembearbeitungs- und Kooperationsstrukturen (zu wenig Mittel für EPZ, zu viel für Rüstung etc.	Prävention sollte zum durchdringenden und bestimmenden Prinzip der deutschen und europäischen Außen- und Außenwirtschaftspolitik werden. Dies setzt einen grundlegenden Umbau der bestehenden Strukturen und unserer Lebensweise voraus. In einer solchen Gesellschaft und Politik hätten zivilgesellschaftliche Akteure eine größere Rolle zu spielen. Voraussetzung sind unabhängige Finanzierung (evtl. über Stiftungen), eine bessere, systematische Ausbildung von Fachkräften, Schaffung eines sozialen Jahres in jeder Berufssparte, das von Berufsverbänden und NGOs eigenständig zu organisieren wäre, Ermöglichung von Formen der gegenseitigen Hilfe und des gemeinsamen Lernens zwischen Nord und Süd.	Ich kann durch eine qualifizierte Forschung und Publikationstätigkeit zu NGOs in der Friedensarbeit und durch die Gewährleistung (mit meinen KollegInnen) eines qualitativ anspruchsvollem Studiums einen Beitrag leisten.	1
BHO (+ Nebenbestimmungen) bringt eine schwierige Anwend- und Übertragbarkeit auf Aktivitäten im Ausland mit sich.	Flexible Regelungen mit ausgeweiteten Interpretationsspielräumen, die dann aber ebenfalls fixiert und verbindlich sind.	Diskussion der Problemlage und evtl. Anpassung an Gegebenheiten (evtl. Ausschöpfung vorhandener Interpretationsspielräume).	1
			1

<i>Beschreibung des IST-Zustands</i>	<i>Angestrebter SOLL-Zustand</i>	<i>Vorgeschlagene Maßnahmen</i>	<i>Priorität</i>
<p>Beim BMZ (ZFD):</p> <ul style="list-style-type: none"> - schwerfällige Bearbeitung der Anträge und zu langer Zeitraum zwischen Antragsabgabe und Bewilligung aufgrund des Globalantrags mit einem jährlichen Zeitfenster - Unsicherheit bezüglich der Chancen des Antrags - schleppender Start des Projektes, da erst anschließend mit der Personalsuche begonnen werden kann - ungenügender Mittelabfluss und dadurch Schwierigkeiten auf der politischen Ebene für weitere Mittel, gleichzeitig jedoch ungenügende Mittelausstattung, da aufgrund der Unsicherheiten mehr Anträge eingereicht werden als Mittel vorhanden sind 	<p>Zügige Bearbeitung einzelner Anträge und entsprechende Bewilligung (z.B. durch Generalzuweisung)</p> <p>Verfügungsrahmen für die einzelnen Organisationen, um die Planungsgrundlage zu verbessern</p> <p>flexiblere Handhabung der Förderbedingungen oder Verabschiedung von Förderrichtlinien</p>	<p>Mitarbeit bei der Erarbeitung entsprechender Verfahrensvorschläge</p> <p>BMZ muss diese im Hause bzw. mit dem Finanzministerium durchsetzen</p>	
<p>Wir haben mit Partnern in Post-Konflikt-Gebieten bzw. Krisengebieten gute Projekte erarbeitet, die aufgrund der Haushaltslage, aber auch aufgrund sich ständig ändernder Vorgaben aus dem BMZ zur Haushaltslegung der Projekte z.T. 1 ½ Jahre nach Einreichung entschieden werden. Bis dahin kann sich die Lage in dem Projektland drastisch verändert haben. So beschreibt z.B. unser Partner in Sri Lanka, dass JETZT – aufgrund des erfolgreichen Friedensschlusses – die Zeit für Projekte mit Jugendlichen (u.a. ehemalige Kindersoldaten) gekommen ist, und ihnen die Zeit bis zur evt. Bewilligung des ZFD-Projektes zu lang ist.</p>	<p>Schnellere, der Lage in den Projektgebieten angemessene Bearbeitung der Projektanträge (im Bereich der Humanitären Hilfe, angesiedelt beim AA, werden Gelder z.T. innerhalb von 14 Tagen bewilligt!) in einem Zeitraum von max. 6 Monaten – somit kann eine Fachkraft realistisch 12 Monate nach Antragsstellung eingesetzt werden (rund 6 Monate Vorbereitung sind zu rechnen) – und nicht, wie bisher, z.T. erst nach 2 Jahren.</p>	<p>Kann nur vom BMZ ausgehen, könnte aber durch Lobbyarbeit von uns eingefordert werden, die wir im Verbund mit anderen gerne bereit sind zu leisten-</p>	1
<p>Planungsprobleme bei staatlichen Förderungen (Kurzzeit).</p>			1
<p>Die administrativen Rahmenbedingungen sind nicht der Realität in Projekten der ZKB angepasst, z. B. durch das Jährlichkeitsprinzip</p>	<p>Die administrativen Rahmenbedingungen sollten so flexibel sein wie für Projektarbeit in Konfliktregionen erforderlich</p>		2
<p>Eines der größten Probleme, insbesondere im ZFD sind die administrativen Rahmenbedingungen. Die Bundeshaushaltsordnung schreibt die Jährlichkeit der Kostenpläne vor, Verpflichtungsermächtigungen sind nur für 3 Jahre im Voraus erhältlich. Ein erheblicher und insgesamt viel zu großer Teil der Arbeitszeit wird für administrative Arbeiten verwendet.</p>	<p>Keine Jährlichkeit der Kostenpläne mehr, Projektförderung. Keine ständige Überarbeitung von Kostenplänen mehr (derzeit mindestens 3x pro Jahr erforderlich, auch für laufende Maßnahmen)</p>	<p>Alle Träger im Konsortium arbeiten seit Jahren an dem Problem. Derzeit scheint es nicht lösbar, ohne die Bereitschaft des BMZ, eine Projektförderung und die Aufhebung der Jährlichkeit zu ermöglichen.</p>	2

<i>Beschreibung des IST-Zustands</i>	<i>Angestrebter SOLL-Zustand</i>	<i>Vorgeschlagene Maßnahmen</i>	<i>Priorität</i>
In einem Konfliktkontext muss flexibel gehandelt werden können. Das heißt nicht, dass über Zuwendungen keinen Rechenschaft abgelegt werden soll, aber enge Zeitvorgaben, starre Budgetgrenzen und Quittungsanforderungen, die nur formal aber nicht inhaltlich Sinn machen und die Akteure u.U. noch gefährden, können ein wirkliches Entwicklungshemmnis darstellen. Das gilt insbesondere für innovative Programme, konzeptionelle Neuentwicklungen, die im Prozess entstehen und nicht völlig planbar sind, für die zivile Konfliktbearbeitung aber eine zentrale Bedeutung haben.	Transparente, nachvollziehbare administrative Forderungen, die so den Bedingungen eines Konfliktkontextes angepasst sind, dass sie die Kreativität, Innovationsfreudigkeit und Konzeptionsentwicklung nicht behindern. Keine sture Anwendung der Bundeshaushaltsordnung sondern flexible Richtlinien und Verhandlungsmöglichkeiten vor Projektbeginn, um sie dem jeweiligen Kontext gerecht auszuformulieren.	Wir können konkrete Vorschläge formulieren, andere müssten den Diskussionsprozess zulassen und änderungsbereit sein	2
Haushaltsordnung ist hinderlich, insbesondere das Jährlichkeitsprinzip. Es wird durch die Durchführungsbestimmungen der BR die Umsetzung von Aktivitäten gefördert, bei ZKB geht es aber vor allem um Arbeit an Werten, Einstellungen, Wahrnehmung – und diese (qualitätsorientierte) wird durch Donors nicht gefördert.	Jährlichkeitsprinzip aufheben, Durchführung und Abrechnung erleichtern – dies gilt insbesondere für FEM Mittel, wo der Nutzen (durch die relativ geringen Projektmittel) dem Aufwand (für Abrechnung und sorgfältige Mittelverwendung) nicht übereinstimmt (Aufwand zu groß, zu wenig Mittel für Overhead angesichts der Anforderungen). Die freiwerdenden Mittel sollten für eine Qualitätsverbesserung (Konfliktanalyse am Anfang, gute Planungsprozesse, integriertes M&E bei Implementierung) aufgewendet werden, da bei Projekten im zkb Bereich kleinste Auswirkungen und Veränderungen des Konfliktumfeldes zu Projektanpassungen führen können / müssen.	Bundesregierung muss Durchführungsbestimmungen für diese Projekte anpassen bessere Dokumentation der Projekte, bessere Zusammenarbeit und Vernetzung der Akteure hier und im Feld	2
a) 10% Overheadkosten für Drittmittelprojekte reichen nicht aus. b) zu hoher Antragsaufwand bei ESF-Mitteln und anderen Förder-Anträgen. Dieser Aufwand kann nur von ehrenamtlichen oder von großen Institutionen geleistet werden.	17 % Overheadkosten, Vereinfachung und Angleichung der Antragsformulare und Programme		3

<i>Beschreibung des IST-Zustands</i>	<i>Angestrebter SOLL-Zustand</i>	<i>Vorgeschlagene Maßnahmen</i>	<i>Priorität</i>
Jährlichkeit bei der Antragstellung, teilw. lange Antragszeiten, festgeschriebene Budgetinhalte sind das Problem. Ein Auseinanderklaffen von Projektentwicklung, Handlungsbedarf und Finanzierungsfähigkeit der Ausgaben ist die Konsequenz. Manchmal braucht man nicht mehr anfangen, weil sich die Möglichkeit inzwischen erledigt hat. Ursache ist m.E. die Bundeshaushaltsordnung, die mit der erfordernten Flexibilität von Funds in diesem Bereich nicht übereinstimmt.	Ein Zustand der eine flexible Handhabung ermöglichen würde.	Was ich daran ändern kann, weiß ich nicht, aber ich würde die Partei wählen, die als Regierung das ändern würde.	3
Unsere Projekte im Rahmen des ZFD könnten viel effektiver sein, wenn es leichter wäre, Fachkräfte aus den Einsatzländern selbst einzusetzen. Die Sprachkompetenz ist höher, Vertrautheit mit der lokalen Kultur, dem Konflikt etc, etc. Leider ist das schwierig, weil die Fachkräfte einen europäischen Pass brauchen. Auch ownership und Nachhaltigkeit der Projekte würden verbessert.	Fachkräfte aus den Einsatzländern sollten zugelassen werden	Ich: Suche nach Personal im Einsatzland, Lobbyarbeit für englischsprachige Qualifizierung Andere: Änderung der Bestimmungen oder großzügigere Handhabung in der Praxis	2
14. Geberkriterien			
Durch einschränkende Finanzierungskriterien (z.B. oben beschriebener Eigenanteil) können sowohl aus Eigenmittelgründen als auch oft aus den inhaltlichen Kriterien sich ergebende Ablehnungen, Projekt, die wir für wichtig erachten, nicht finanziert werden.	Veränderung der Projektkriterien in Konsultation mit den NRO (-netzwerken) und Erhöhung der Kofinanzierungsmittel ohne enge inhaltliche Einschränkung.	Konsultationen zwischen BMZ / EU anderen Gebern und den NRO-Netzwerken.	3
Viele Geber sind immer noch auf inputs fixiert statt auf impact und output, Laufzeiten sind zu kurz, es wird immer geschaut, wie kurzfristig eine hohe Visibility der Maßnahmen erzielt werden kann, damit fallen langfristige Prozesse, die nicht zu konkret messbaren Ergebnissen führen, leicht unter den Tisch	Evaluierung des impact eines Projektes, statt permanentem Fokus auf den inputs Wertschätzung von Prozessen, die in Gang gesetzt wurden Erarbeitung von Indikatoren, um Veränderungen in diesem Bereich dennoch messen zu können	Weiterentwicklung der M & E Instrumente im Bereich ZKB, Verbreitung derselben	3

<i>Beschreibung des IST-Zustands</i>	<i>Angestrebter SOLL-Zustand</i>	<i>Vorgeschlagene Maßnahmen</i>	<i>Priorität</i>
15. Zu wenig Infrastruktur der ProjektpartnerInnen			
Viele Partner sind so schlecht ausgestattet, dass sie im Prinzip lieber eine institutionelle Förderung hätten, um ihre Kernaufgaben erledigen zu können, als Projekte möglicherweise mit externen Fachkräften durchzuführen. Sie sind mit den zu leistenden administrativen Aufgaben manchmal überfordert.	Ein gewisser Anteil der Projektmittel kommt direkt der Partnerorganisation zugute.		2
Zahlreiche Partnerorganisationen verfügen über geringe personelle und materielle Ressourcen. Zu wenig gut ausgebildetes Personal, hohe Personalfuktuation, geringe Entlohnung, häufig wechselnde Strukturen (da oft von Einzelpersonen abhängig) kennzeichnen die Lage.	Nachhaltig bestehende lokale Infrastruktur, die in der Lage ist, Personalwechsel zu verkraften und trotzdem andauernd qualitativ gute Arbeit zu leisten.	Vermittlung von qualifiziertem ausländischem Personal dorthin, wo geeignete lokale Mitarbeiter fehlen, zur Qualifizierung lokaler KollegInnen und Beratung beim Aufbau dauerhafter Strukturen.	3
Im konkreten Fall der Unterstützung eines ZFD- Einsatzes in Serbien wurde deutlich, dass, bedingt durch die Nachkriegssituation wenig Eigenmittel zur Verfügung standen. Die Projektmittel erlaubten nicht, ausreichend Mitarbeiter zu beschäftigen, sodass nur der enorme, außergewöhnliche Arbeitseinsatz der Mitarbeiterin zum Erfolg des Projektes führte.	Die diffizile Nachkriegssituation fordert ausreichende Projektmittel, um nachhaltig und tiefgreifend arbeiten zu können. Um den Burnout- Effekt der engagierten Fachkräfte vorzubeugen und auch u Projekte breit zu verankern, ist es notwendig, mehr Leute in Projekten beschäftigen zu können.	Die begleitende Unterstützung könnte intensiviert werden. Staatliche Stellen, Stiftungen, Förderer sollten einen klaren Schwerpunkt auf präventive und nachsorgende Maßnahmen legen.	3
16. Unzureichende Qualifikation von MitarbeiterInnen			
Bisher werden bei uns nur dann entsprechende Projekte gefördert oder initiiert, wenn der/die zuständige Mitarbeiter/in ein persönliches Interesse am Thema Zivile Konfliktbearbeitung hat	ZKB als Querschnittsthema sollte „state of the art“ eines guten Projektes in einem Konfliktkontext werden, unabhängig davon, ob der/die Einzelne das Thema nun wichtig findet oder nicht	Verstärktes Mainstreaming entsprechender Ansätze das Thema sollte raus aus der „ZFD-Nische“ und in die ganze Breite von EZ-Aktivitäten eingespeist werden	2

<i>Beschreibung des IST-Zustands</i>	<i>Angestrebter SOLL-Zustand</i>	<i>Vorgeschlagene Maßnahmen</i>	<i>Priorität</i>
17. Unzureichende Qualifikation von Friedensfachkräften			
In unserem Bereich umfasst das klassische FFK-Profil ZKB-Kompetenzen, Projekt-Management und Auslandserfahrung. Unter den Bewerbern ist selten jemand zu finden, der in allen drei Bereichen theoretisch + praktisch hinreichend qualifiziert ist. (Ersetzt man die ZKB-Kompetenzen hier durch organisatorische Fähigkeiten, würde man zahlreiche Personen finden, die daneben noch Projektmanagement beherrschen und auslandserfahren sind	Gleichgewicht von Stellenangeboten und qualifizierten Nachfragern im Bereich ZFD / Ausland	Selbst: breiterer Verteiler für Ausschreibungen (thematisch, regional); Ausschöpfung aller bestehenden Möglichkeiten für einzelfallorientierte Qualifizierung im Rahmen der Vorbereitung Andere: weitere Unterstützung "poolbildender" Qualifikationen wie insbes. die Ausbildung des forumZFD (inkl. Stipendien) (BMZ u.a.); Übersicht zu Angeboten (Inhalte, Termine, Referenten; Kosten, Kontakt) im Bereich ZKB im In- und Ausland (FRIENT?); gegenseitiger Zugang zu internen Fachkräfte-Dateien (Konsortium)	2
18. Zu wenig Projektmittel			
Nicht ausreichendes Haushaltsvolumen für ZFD, oftmals keine geeigneten Programme vorhanden, um Gelder für geplante Maßnahmen zu beantragen, wenig Transparenz, wo außer für ZFD noch Gelder beantragt werden können, Laufdauer der Maßnahmen zu kurzfristig	Wünschenswert ist B31 genaueren Überblick über vorhandene Fördermöglichkeiten zu erlangen, die für Lobbyarbeit, Menschenrechtsarbeit, politische Bildung etc. verfügbar sind Aufstockung der Mittel für entsprechende Maßnahmen Ausweitung des Förderzeitraums, um eine größere Nachhaltigkeit zu erlangen	Stärkere Vernetzung mit anderen Akteuren, Austausch, Kooperationen Staatlicherseits eine klare Prioritätensetzung für präventive, friedenspolitische Maßnahmen	1
Die von der Bundesregierung für den Bereich ZKB zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel sind zwar in den letzten Jahren gestiegen, sind aber immer noch "ein Tropfen auf den heißen Stein"	Für den ZFD sollten z. B. 50 Mio € als Grundausrüstung bereit gestellt werden	Die Bundesregierung / der Bundestag sollten den ZFD- Haushaltstitel um 5 Mio € jährlich anheben	1
Kein bzw. zu wenig Geld für ZKB Bsp.: Der Versöhnungsbund richtete 1997 eine Arbeitsstelle für eine Mitarbeiterin in Bosnien ein, die am viermonatigen Kurs (NRW) für ZKB sich qualifiziert hatte. Im ersten Jahr gab es noch Unterstützung für diese Stelle von UNV, danach nicht mehr!	Enorme Anhebung der derzeitigen Finanzmittel MitarbeiterInnen im Bereich ZKB müssen dauerhaft finanziell unterstützt werden	Eigenes Fundraising steigern, mehr Geld für ZKB von Regierung Fundraising steigern Nicht nur Qualifizierung bezahlen, sondern auch Einsatz in Krisengebieten	1
Humanitäre Nothilfe ist sehr viel einfacher zu finanzieren, da die Katastrophen/Kriege in den Nachrichten stattfinden und so in hohem Maße Spenden und die Bereitschaft, öffentliche Mittel bereit zu stellen, hervor rufen. Prävention ist sehr viel schwieriger in das Bewusstsein der Menschen	Mittel für die Krisenprävention sollten beträchtlich aufgestockt werden, wenn es sein muss zulasten der Nothilfe, die zuweilen darunter leidet, dass viel Geld in kurzer Zeit auf engem Raum ausgegeben werden muss. Für NGOs muss es möglich werden, in einem		1

<i>Beschreibung des IST-Zustands</i>	<i>Angestrebter SOLL-Zustand</i>	<i>Vorgeschlagene Maßnahmen</i>	<i>Priorität</i>
<p>(und der Politiker) zu bekommen. Auch sind die Mittel im Vergleich zur klassischen TZ lächerlich, und das, obwohl in politischen Reden die Prävention mittlerweile durchaus einen großen Raum einnimmt. Man hat den Eindruck, der zivilen Friedensarbeit wird keine Effektivität zugetraut, v.a. wenn es sich um NGOs handelt.</p> <p>Ein zusätzliches Problem ist, dass Projekte zur zivilen Friedensarbeit guter Orts- und Sachkenntnis sowie eine umfangreicher Vorbereitung bedürfen, also an die Infrastruktur der durchführenden Organisation hohe Ansprüche stellen. Das ist für NGOs kaum zu leisten, da Mittel für die Infrastruktur nicht zu bekommen sind und da die Projektmittel zu gering sind, um damit diese Arbeit zu ermöglichen.</p>	<p>bestimmten Rahmen auch Mittel für die eigen Infrastruktur zu bekommen, um ihre Kompetenz zu halten/auszubauen. Auch dann sind sie immer noch die besseren und deutliche günstigeren Implementer im Vergleich zu staatlichen und halbstaatlichen Organisationen. Dies gilt besonders bei Maßnahmen, die sich an die Förderung der Zivilgesellschaft auf grass-roots-Ebene richten.</p>		
<p>Es ist erfreulich, dass unsere Arbeitsstelle als eine von ganz wenigen Arbeitszentralen unserer Kirche von besonderen Kürzungen verschont geblieben ist.</p> <p>Dennoch sind die vorhandenen Geldmittel so knapp, dass wir relativ hohe Eigenbeiträge für unsere Fortbildungen verlangen müssen. Dies ist nachweislich ein Grund dafür, dass die Anmeldungen trotz relativ hohem Interesse nur spärlich eingehen.</p>	<p>So viel Geld haben, dass unsere Projektstage und Fortbildungen zu einem attraktiven Preis angeboten werden können.</p>	<p>Mehr öffentliche Gelder auch für kleine Anbieter von Projekten und Programmen gegen Gewalt. Mehr öffentliche Bewusstseinsbildung gegen Gewalt.</p>	2
<p>Für die Durchführung von größeren Projekten sind einerseits die Eigenbeiträge für die Projekte (15-25%) durch Spenden alleine nicht möglich. Andererseits werden die Möglichkeiten der Deckung dieser Kosten durch Drittmittel immer spärlicher.</p>	<p>Senkung des Pflicht-Eigenmittelanteils bei Kofinanzierungsprojekten (BMZ, EU...).</p>	<p>EU / BMZ Änderung der Richtlinien.</p>	2
<p>Mit mehreren Klein- und einem Großprojekt bei der DSF ist die dortige Finanzierungsmöglichkeit für die nächsten 3-5 Jahre ausgeschöpft. Ursache ist die zu geringe Ausstattung der DSF mit Mitteln und die Tatsache, dass es zu wenig Alternativen gibt.</p>	<p>Transparenter Anbieter- und Nachfragemarkt bei der Forschung zu ziviler Konfliktbearbeitung, der auch die Randbereiche von Forschung/ Aktionsforschung/ Begleitforschung und Transfer in Praxis mit abdeckt.</p>	<p>Wie bei der Differenziertheit des Umsatzes des IFGK zum Ausdruck kommt, arbeiten wir bereits mit einem höchst diversifizierten Geldgeber-Sortiment. Umschauen auf dem Markt, das können wir leisten. Und auf die Profile der Geldgeber abgestimmte Angebote entwickeln.</p> <p>Es müssen mehr werden, die Projekte wie unsere fördern. Man sollte nicht für die eigenen Projektideen und Forschungsschwerpunkte bestraft werden.</p>	2

<i>Beschreibung des IST-Zustands</i>	<i>Angestrebter SOLL-Zustand</i>	<i>Vorgeschlagene Maßnahmen</i>	<i>Priorität</i>
Mühsame Suche nach Fördermöglichkeiten, geringer werdende Zuschüsse	Schaffung eines Kreises von möglichen Geldgebern, die unsere Arbeit auf Dauer zu stützen bereit sind	Profilierung und gute Arbeit, um Zuschussgeber zu überzeugen, dass Investition sich lohnt	2
Es fehlt eine substantielle Solidarität zwischen Armen und Reichen die zur Umverteilung motiviert	Wegkommen vom Wachstumsfetischismus Reduzierung des Lebensstandards in den reichen Ländern		
Die bestehenden Projekte des ZKB leiden auch weiterhin daran, dass zu wenig Projektmittel da sind; die wenigen Projektmitarbeiter vor Ort leisten für wenig Geld immense und aufreibende Arbeit; die Förderung der Selbsthilfe von zivilen Bewegungen wird durch die Notwendigkeit der Durchführung von Infrastrukturprojekten, etc. in den Hintergrund gedrängt	Es sollte eine Arbeitsteilung zwischen Förderung von Friedensgruppen/sozialen Bewegungen und "technischen Entwicklungsprojekten" stattfinden, so dass sich nicht ein paar wenige Friedensfachkräfte (und einheimische Kräfte) mit allem oder jedem beschäftigen müssen, weil so vieles im Argen liegt. -> Allgemein Weiterführung der ansatzweise begonnenen Verzahnung von technischer Entwicklungszusammenarbeit und Förderung von sozialen Bewegungen, Konzentration der Friedensfachkräfte auf ihre eigentliche Arbeit		3
Der notwendige Ausbau von Maßnahmen der ZKB scheitert zur Zeit aus mehreren Gründen. Ein wesentlicher ist die unzureichende Ausstattung mit Projektmitteln. Ähnliches gilt für Qualifizierungsprogramme	Massiver Ausbau (Verfünffachung) der durchgeführten Projekte (Umfang, Quantität) in den nächsten 5 Jahren bezogen auf das In- und Ausland. Aufbau eines Zivilen Friedensdienstes in Deutschland (ZFDiD).	ZFD auf das fünffache Budget auszubauen und ein entsprechendes Förderinstrumentarium auf EU-Ebene ausbauen. Entimon und CIVITAS als Bund-Länder-finanziertes Programm auf Dauer erhalten und ausbauen. Förderung des von der Arbeitsgemeinschaft vorgeschlagenen ZFDiD. Ein neues Förderprogramm zur Finanzierung des Einsatzes und der Begleitung von einheimischen / lokalen Friedensfachkräften auflegen, wobei die Mittel über deutsche NRO vermittelt werden. Wir setzen uns politisch für die o. b. Programme ein und wird dies verstärkt insbesondere im kirchlichen Bereich tun. Außerdem befürworten und unterstützen wir eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit für ZKB-Projekte und -Qualifizierungsprogramme.	3

<i>Beschreibung des IST-Zustands</i>	<i>Angestrebter SOLL-Zustand</i>	<i>Vorgeschlagene Maßnahmen</i>	<i>Priorität</i>
<p>Es fehlt der politische Wille, tatsächlich substantielle (öffentliche) Mittel zur Vermeidung von Gewalteskalationen auszugeben. Das spiegelt sich u.a. im Verhältnis von Ausgaben für militärische Konfliktbearbeitung und zivile Konfliktbearbeitung.</p> <p>Durch dieses krasse Missverhältnis ist es schwer, eine entsprechende Profilierung zu gewinnen und durch entsprechende öffentliche Aufmerksamkeit auch private Mittel dafür einwerben zu können (Negativeffekt CNN-Effekt und Negativeffekt der militärischen Gewichtung).</p>	<p>Umkehr des Missverhältnisses, substantielle Investitionen in Sektor ZKB und EZ insgesamt, um dem Kampf um Ressourcen als eine Ursache für gewaltsame int. Konflikte entgegenzuwirken.</p>	<p>Substantielle Erhöhung der Mittel durch Bundesregierung für ZKB.</p> <p>Bessere Dokumentation und bessere Qualität von Projekten der ZKB durch die Implementierungspartner / Organisationen..</p> <p>Organisationen müssen professionelles Lobbying machen, kaum eine Organisation hat bisher Lobbying-Mitarbeiter in Berlin und Brüssel.</p> <p>Lobbying muss durch gutes Networking aller Organisationen unterfüttert sein, damit man etwas erreichen kann und Druck aufbauen kann.</p>	3
<p>Vor allem gibt es zu wenig langfristige Projektmittel, die Prozesse zulassen, für kurze schnelle Maßnahmen, einmalige Aktivitäten etc. sind mehr Mittel vorhanden, die dann auch noch den unmittelbaren Erfolg nachweisen sollen. Zivile Konfliktbearbeitung braucht aber langen Atem und wer seriös ist, weiß dass es dort keine schnellen erfolge, wohl aber nachhaltige Veränderungen geben kann, wenn mit einer langfristigen Perspektive gehandelt wird. Auch gibt es zu wenig Mittel für die Dokumentation und Reflektion bzw. Evaluierung der Arbeit, um langfristig die Qualität zu sichern und nicht immer wieder von vorne zu beginnen und die gleichen Fehlern zu machen.</p>	<p>Projektmittel, die langfristig und prozessorientiert eingesetzt werden können und Evaluierungs-, Dokumentations- und Qualifizierungskosten umfassen.</p>	<p>Wir haben Beispiele für entsprechende Projektfinanzierungen aus eigenen Mitteln, öffentliche Geber sollten Töpfe erhöhen und Finanzierungskriterien ändern.</p>	3
<p>Zu wenig Fördermittel für Programme des ZFD (nachweisbar durch hohe Anzahl von inhaltlich guten aber nicht bewilligten Maßnahmen)</p>	<p>Substantielle Aufhebung der Mittel auf 50 Mio € in 2006, um Qualifizierung, Umsetzung in wirtsch. Größe umzusetzen</p>	<p>Entwicklung neuer P-Ideen und Einsatzzentren / Entwicklung von CIA-Standards</p>	3

<i>Beschreibung des IST-Zustands</i>	<i>Angestrebter SOLL-Zustand</i>	<i>Vorgeschlagene Maßnahmen</i>	<i>Priorität</i>
19. Zu wenig Mittel für die eigene Infrastruktur			
<p>Für Projektentwicklung, die kontinuierliche Zusammenarbeit mit Partnern im Ausland, Innovationen/Weiterentwicklung der Arbeit, Projektevaluierung und andere administrative Aufgaben fehlen den meisten Trägern - gerade aus dem Bereich der Friedensorganisationen die finanziellen Ressourcen. Ähnliches gilt für den Bereich Qualifizierung von Friedensfachkräften. Für die TrainerInnen-Aus- und Fortbildung, Curricula-Entwicklung, Qualitätsentwicklung und häufig auch die TeilnehmerInnen-bezogenen Ausgaben gibt es keine Fördermittel.</p> <p>Es liegt im Wesentlichen daran, dass von Seiten des Staates, aber auch von Kirchen, Stiftungen u. a. (potentieller) Zuschussgeber zwar Projekte gefördert werden (für deren Antragstellung i.d.R. die umfangreichen Vorarbeiten erfordern und deren Bewilligung nicht sicher ist), aber nicht den institutionellen Aufwand, der damit verbunden ist. Da nur wenige Träger eine gesicherte institutionelle Förderung erhalten, können die entsprechenden Leistungen nicht im wünschenswerten Umfang erbracht werden. Dass eine gesicherte, angemessene Vergütung der entsprechenden MitarbeiterInnen häufig nicht gewährleistet werden kann, ist ein weiteres Problem.</p> <p>Analoges gilt für Qualifizierungsträger. Die Förderung des Kurses des forumZFD war eine gewisse Ausnahme, hatte aber mit anderen fundamentalen Schwierigkeiten zu kämpfen.</p>	<p>Staat und andere Zuschussgeber gründen eine Stiftung und statten sie mit ausreichend Kapital aus. Ziel der Stiftung ist es, Träger für ihre durch die Organisation erbrachten Leistungen zu unterstützen und in der Öffentlichkeit auf den Bedarf hierfür hinzuweisen.</p> <p>Bei Förderanträgen können auch bestimmte administrative Leitungen in größerem Umfang als bisher abgerechnet werden. Zudem wird durch Fördervereinbarungen, Fortschreibung von Programmen (wie entimon) eine gewisse Planungssicherheit hergestellt.</p>	<p>Siehe SOLL</p> <p>Außerdem setzen wir uns u.a. innerhalb des Konsortium ZFD für eine entsprechende Projektförderung ein.</p>	1
<p>Die Arbeit der Nonviolent Peaceforce als 2002 gegründeter internationaler Organisation im Aufbau entfaltet sich nicht nur aufgrund von Enthusiasmus der MitarbeiterInnen + Unterstützer, sondern auch aufgrund eingegangener Spenden. In bezug auf das funding blieben die Ergebnisse zwischen Dezember 2002 und August 2003 hinter den Erwartungen zurück.</p> <p>Ein diesbezügliches Problem ist, dass einerseits in vielen Staaten Asiens und Afrikas ein effektives fundraising wegen der geringen gesellschaftlichen Ressourcen nicht möglich ist</p>	<p>Es bedarf einer breiteren ehrenamtlichen Aktivität als bisher, um einerseits das bisherige Übergewicht Nordamerikas zu mildern, indem innerhalb der reicheren Länder neue Ressourcen für gewaltfreie Interventionen in größerem Maßstab erschlossen werden.</p>	<p>Wir sind dabei, dies anzugehen. Da aber beide NP-Mitgliedsorganisationen nicht über freie Mittel verfügen und ebenfalls für sich selbst Finanzmittel requirieren müssen, bedarf es zusätzlichen Engagements von bisher weniger Aktiven und einer Anschubfinanzierung.</p>	1

<i>Beschreibung des IST-Zustands</i>	<i>Angestrebter SOLL-Zustand</i>	<i>Vorgeschlagene Maßnahmen</i>	<i>Priorität</i>
und andererseits in den reichen Staaten Australien, USA, Kanada und in Kern-Europa bisher noch keine effektiv funding betreibenden Strukturen aufgebaut werden konnten.			
Die infrastrukturelle Unterausstattung von NRO ist kein neues Problem. Es verschärft sich aber mit der Notwendig, bei Maßnahmen des peacebuilding längerfristige Verpflichtungen einzugehen. Unsicherheiten und Diskontinuitäten bei Partnerorganisationen sind die Folge, Frustration und Motivationslähmung bei inländischen NRO. Die zu einer guten Projektplanung notwendigen Konfliktanalysen wie auch M&E sind dadurch nicht immer zu gewährleisten.	Die finanzielle, technische und personelle Ausstattung von NRO erlaubt längerfristige Planung und auch eine umfassende Projektplanung.	Von staatlicher Seite: Abbau bürokratischer Hemmnisse, Stärkung institutioneller Förderung Von NRO Seite: Kooperationen mit anderen NRO stärken	2
Es gibt keine feste Stelle. Alle Mittel für die Infrastruktur müssen durch Drittmittel, Lehraufträge usw. erarbeitet werden. Dies führt zwangsläufig zur Mehrarbeit der drei hauptberuflichen MitarbeiterInnen.	Eine staatlich oder über Spenden unterstützte Stelle zur eigenen Infrastruktur.	Wir leisten Öffentlichkeitsarbeit	1
Zu wenig Finanzmittel, zu wenig Mitarbeiter und ehrenamtliche Mitarbeiter, zu viel Arbeit; <i>burn out</i> Symptomatik, schwierige Rahmenbedingungen	Mehr Geld, mehr Leute, mehr Zeit		1
Für die Antragstellung insbesondere bei EU-Inlandsprojekten (B 7-6000) ist ein sehr hoher Arbeitsaufwand notwendig, der durch die geringen Ausschüttungsquoten nur dadurch zu rechtfertigen ist, dass es sonst keinerlei Finanzierungsmöglichkeiten in diesem Umfang und für diesen Bereich (Personalkosten) gibt. Außerdem sind die Finanzierungsmodalitäten (vor allem die jährlichen Quoten) der EU sehr hohe Hürden (sie stellen fast Ausschlusskriterien für kleinere, finanzschwächere NRO dar).	Vergrößerung des B 7-6000 Topfes – und anderer Finanzierungsmöglichkeiten für Inlandsstellen – und eine Erhöhung der Effizienz der Verwaltung der Anträge. Veränderung der Finanzierungskriterien	Zu leisten durch die EU in Konsultation mit den NRO(-netzwerken)	1
Problem: Die eigene Infrastruktur (laufende Personal-, Büro-, Materialkosten etc.) kann nur durch das dauerhafte Einwerben von Spenden aufrecht erhalten werden. Dies ist eine Aufgabe, die viel Energie und Zeit erfordert und zudem eine immerwährende latente Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Arbeit und des Vereins mit sich bringt.	Zeit und Energie der haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen könnten besser eingesetzt werden, wenn es auch andere Finanzierungsquellen gäbe, wenn zum Beispiel mit Projektmitteln auch Gelder für die eigene Infrastruktur (die ja bei jedem Projekt automatisch in Anspruch genommen wird) einhergingen.	Änderung von Kriterien bei Geldgebern (Projektfinanzierung beinhaltet Teilfinanzierung der Infrastruktur)	1

<i>Beschreibung des IST-Zustands</i>	<i>Angestrebter SOLL-Zustand</i>	<i>Vorgeschlagene Maßnahmen</i>	<i>Priorität</i>
Projekte mit staatlichen Partnern sind zusätzlicher Kostenfaktor und müssen zum Nulltarif abgewickelt werden was die Infrastrukturkosten angeht. Ursache ist das Vogel-friss-oder-stirb-Verhältnis.	Tatsächliche Kosten werden entsprechend dem Projektverlauf abgerechnet.	Transparenz in der Darstellung und Dokumentation des Projektverlaufes kann ich leisten. Andere müssen die Flexibilität haben, begründete Kosten zu erstatten.	1
Ständiger Kampf um ausreichende Betriebsmittel (Ursache: Zuschussgeber zahlen zu spät)	Zu Beginn eines Haushaltsjahres sollten die Mittel vorhanden sein, die für Personal- und Sachkosten des Jahres benötigt werden	Erschließung neuer Finanzquellen (Sponsoring)) und Umstellung des Finanzierungssystems (Anträge früher stellen)	1
FH: fehlender Mittelbau, Zu hohe Lehrverpflichtung, dadurch keine Zeit für Netzwerkarbeit.	Mittelbau, 10 Wochenstd. Lehrverpflichtung		2
Die Finanzierung hauptamtlicher Mitarbeiter ist jedes Jahr schwierig auf der Basis von Mitgliederbeiträgen und Spenden	Die Arbeit von Hauptamtlichen wird finanziell gefördert aus einem Ministerium für ZKB	Fundraising steigern staatliche Mittel für ZKB bereit stellen	2
Hinzu kommt, dass Betreuungs- und Verwaltungskosten, die wenigstens einen Anteil an den in Deutschland entstehenden Kosten zur Projektbegleitung decken, natürlich auch erst mit dem Entsenden einer Fachkraft gezahlt werden. Diese Kosten müssen jetzt darüber hinaus minutiös belegt werden.	Angemessene Betreuungskosten-Pauschale, die die Trägerorganisationen von ZFD-Projekten besser ausstattet als bisher.	Wir können durch Personalauswahl und -vorbereitung dazu beitragen, Personal in ZFD-Projekte zu entsenden, dass diesen Forderungen gerecht wird – und bei der Projektplanung mit den Partnern darüber sprechen, wo und wie sie eine nicht-einheimische Person in internationalen oder lokalen Bezügen bewusst nutzen wollen.	2
Grundsätzlich bestehen ausreichend Mittel um <u>Projekte</u> der ZKB zu finanzieren; es gibt keine Mittel, um die real entstehenden Kosten der Zivilgesellschaft auch nur ansatzweise aufzufangen	Institutionelle Förderung von NGOs in Form eines "Inkubators", also Anschubfinanzierung von 3-5 Jahren, bis eigenständiges Fundraising etc. Institution finanziert	Entwicklung einer "Kultur der Wirtschaftlichkeitsrechnung" in der eigenen Arbeit, also Kostenpläne, finanzielles Management	2
Von den 130.000 €, die wir für Projekte der ZKB erhalten, verbleiben 3.000 – 4.000 € für unsere Overheadkosten. Für eine kleine Organisation ist das zu wenig, weil die Kosten sehr viel höher liegen und Spenden im Bereich der ZKB nur sehr schwer zu akquirieren sind (viel schwerer als mit Kampagnenarbeit z.B.). Wir können uns nur eine kleine Anzahl von Projekten leisten, weil wir die Durchführung der Projekte aus unserer anderen Arbeit subventionieren müssen.	Die Budgets für Projektbegleitkosten sollten erhöht werden.	Was kann ich leisten: wir subventionieren weiter Was können andere leisten: sie entlasten uns wenigstens ein wenig!	3
Zu wenige Ehrenamtliche Zu wenige sind überlastet - auch um neue anzuwerben sich zu engagieren.	Leute kommen freiwillig um sich zu engagieren und schlagen konkrete Projekte vor.	Ich könnte mich selbst so informieren, dass ich dies weitergeben kann. Andere könnten das in die Wege leiten und Mitarbeiter engagieren und qualifizieren.	1

<i>Beschreibung des IST-Zustands</i>	<i>Angestrebter SOLL-Zustand</i>	<i>Vorgeschlagene Maßnahmen</i>	<i>Priorität</i>
20. Sonstige Hemmnisse			
Schwache Partnerorganisationen Mit Ausnahme weniger Länder (z. B. RSA) sind Projektpartner in Afrika oft sehr unerfahren im Projekt-Management, v. a. wenn es sich um CBO handelt	Projektpartner sollten weitreichende Kompetenzen und Erfahrungen im Projekt-Management haben, damit sich FFK auf Beratung in ausgewählten ZKB-Bereichen konzentrieren können und nicht in Projekt-Leitungsaufgaben hineingezogen werden. Der Aufwand für backstopping seitens der Zentralen europ./deutscher NRO sollte gering sein, damit Zeit für die Entwicklung / Anpassung von Qualitätsstandards bleibt	Selbst: Kooperationsmodelle den Kompetenzen des Partners sorgfältig anpassen; entsprechende Vorstudien / Trägeranalysen organisieren; Fortbildungspläne + andere Maßnahmen zur OE anregen. Andere: ausreichend Möglichkeiten für Vorstudien schaffen, die zwischen den ZFD-Gesamtanträgen beantragt + bewilligt werden können (BMZ/ZFD-Konsortium); keine Einengung des FFK-Profiles auf reine ZKB-Aufgaben, FFK muss auch Projekt-Kompetenzen vermitteln können.	1
Wirtschaftliche Perspektivlosigkeit in den Partnerländern es gibt zu wenig Arbeit, die vorhandene Arbeit ist ungleich verteilt	Die knapper werdende Arbeit gerechter verteilen		1
Konzepte sind praxisfern Es gibt nur wenige Erfahrungen aus der Praxis der zivilen Friedensarbeit, dennoch wird gern darüber geredet. Falsche Schwerpunkte werden gesetzt, wie z.B. ausländische so genannte ‚Friedensfachkräfte‘. Die allgemeine Denk- und Vorgehensweise ist noch viel zu sehr von der technischen EZ geprägt.	Die Diskussion sollte von Personen mit Praxiserfahrung dominiert werden. Weniger akademisch, weniger Konzepts-, Evaluierungs- und Weltweit-Gedöhns, statt dessen Praxisnähe, Behutsamkeit und länderspezifische Ansätze.		2
Öffentlichkeitsarbeit Friedensinitiativen stellen ihre Arbeit entweder gar nicht oder schlecht in der Öffentlichkeit dar. Das führt zu geringer Transparenz hinsichtlich ihrer Aktivitäten. Die Ursachen sind: Öffentlichkeitsarbeit hat eine geringe Priorität, weil sie als „nicht-eigentliche“ Aktivität angesehen wird; außerdem fehlt es an qualifizierten Kommunikatoren. Der benutzte Jargon (bei Veranstaltungen, in Publikationen), eine Mischung aus Soziologen- und Technokraten-Deutsch, wirkt auf die Bevölkerungsmehrheit abstoßend oder wird schlicht nicht verstanden.	Eine sinnhafte und sinnfrohe Darstellung der Aktivitäten im Bereich Zivile Konfliktbearbeitung macht deutlich, welche Menschen mit welchen Zielen und welchen Mitteln und welchen Methoden arbeiten, um Konflikte gewaltfrei zu lösen oder Krisen vorzubeugen.	Eigener Beitrag: Eine multimediale Kampagne, die die Aktivitäten von FriedensmacherInnen aus aller Welt einem breiten Publikum präsentiert, in Form biographischer Darstellungen und sinnlicher Reportagen. Dazu gehören auch Schulmaterialien und Seminare für JournalistInnen, die zu FriedensberichterstatterInnen qualifiziert werden. NROs müssen sich in Sachen Öffentlichkeitsarbeit weiter entwickeln. Der Staat sollte diese Bemühungen durch Mittelbereitstellung unterstützen.	2

<i>Beschreibung des IST-Zustands</i>	<i>Angestrebter SOLL-Zustand</i>	<i>Vorgeschlagene Maßnahmen</i>	<i>Priorität</i>
<p>Zu wenig Informationen über Möglichkeiten des Engagements Die meisten kennen nur einige Schlagwörter und Überschriften der zivilen Konfliktbearbeitung. Es fehlen bekannte gute ReferentInnen zum Thema sowie einfache Informationsbroschüren. Es ist einfacher, wogegen zu sein, als wie konstruktive Alternativen zu entwickeln und sich damit angreifbar zu machen.</p>	<p>Gute Referenten und Publikationen stoßen auf ein interessiertes Publikum und Medienvertreter, daraus entwickelt sich Engagement und konkrete Projektarbeit.</p>	<p>Ich könnte mich selbst so informieren, daß ich dies weitergeben kann. Andere könnten das in die Wege leiten und Mitarbeiter dafür engagieren und qualifizieren.</p>	2

